

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1908

8 (10.1.1908)

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. Abonnementspreis: In's Haus durch Träger zugestellt, monatlich 75 Pf., vierteljährlich M. 2.25. In der Expedition und in den Abzügen abgeholt, monatlich 65 Pf. Bei der Post bestellt und dort abgeholt M. 2.10, durch den Briefträger ins Haus gebracht M. 2.52 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition: Luisenstraße 24. Telefon: 128. — Postzeitungsliste: 8144. Sprechstunde der Redaktion: 12—1/2 Uhr. Redaktionschluss: 1/2, 10 Uhr vormittags.

Inserate: Die einspaltige, kleine Zeile oder deren Raum 2) Pf. Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. Schluss der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vorm. 1/2, 9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachm., aufgegeben sein. Belegstunden der Expedition: Vormittags 7 bis abends 1/2 Uhr.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Sed & Co., Karlsruhe.

Verantwortlich für den politischen Teil, für Redigieren, Legte Post, Feuilletton und Unterh.-Beilage: A. Weismann; für den übrigen Inhalt: Herrn. Radel.

Für den Inseratenteil verantwortlich: Karl Ziegler in Karlsruhe.

Baden und das Reichsvereinsgesetz.

II.

Wie die Bestimmungen über die Vereine, sind auch jene über die öffentlichen Versammlungen von einem engherzigen Gesichtspunkt aus diktiert worden. „Der eine öffentliche Versammlung zur Erörterung öffentlicher Angelegenheiten veranstalten will, hat hiebon mindestens 24 Stunden vorher der Ortspolizeibehörde Anzeige zu erstatten“, — bestimmt die neue Vereinsgesetzvorlage in ihrem § 3. Die Landespolizeibehörde kann aber bestimmen, daß die Anzeige unterbleiben darf, wenn die Versammlung frühzeitig, d. h. mindestens 24 Stunden vor Beginn, öffentlich bekannt gemacht worden ist. Für Wahlversammlungen braucht die Anzeige nur 12 Stunden vor Einberufung der Versammlung zu erfolgen.

Diese Anmeldepflicht kennt das badische Gesetz nur bei Versammlungen unter freiem Himmel, für die nach der neuen Vorlage mindestens 48 Stunden vorher die Genehmigung nachgesucht werden muß, die in Baden überhaupt nicht verlangt wurde. Das soll zwingendes Recht werden, d. h. keine Landeszentralbehörde kann, wie bei der Anmeldung von Versammlungen in geschlossenen Räumen, durch generelle Verfügung etwa die Nachsuchung der Genehmigung erlassen. Es muß die Genehmigung in jedem einzelnen Falle nachgesucht werden. Die Genehmigung soll allerdings nur verweigert werden, wenn aus der Abhaltung der Versammlung eine „Gefahr für die öffentliche Ordnung und Sicherheit“ zu befürchten ist. Wie außerordentlich dehnbar aber der Voraussetzung zur Verfassung der Genehmigung bildende Begriff der „Gefährdung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit“ ist, zeigt uns Preußen, wo öffentliche Aufzüge, die unter dieselben Bestimmungen fallen, den Vereinigungen, die auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehen, fast nie gestattet werden.

In Baden besteht, wie schon gesagt, bis jetzt nur die Anmeldepflicht für solche Versammlungen. Aber selbst hierzu hat der Landtag vor nunmehr 40 Jahren nur sehr mit Widerstreben seine Zustimmung gegeben. In dem Kommissionsbericht über den im Jahre 1867 der zweiten Kammer vorgelegten Gesetzentwurf, das Vereins- und Versammlungsrecht betreffend, der von dem Vertreter des Wahlkreises Vorberg, dem Kreisgerichtsrat Hufschmid in Mannheim, erstattet wurde, heißt es:

„Was nun die Pflicht einer Voranzeige bei der Polizeibehörde im allgemeinen betrifft, so müssen wir gestehen, daß wir von der Unerlässlichkeit dieser Einrichtung im allgemeinen uns nicht recht überzeugen können. In früheren Zeiten, als die Verkehrsmittel noch mangelhaft waren, mag es vorgekommen sein, daß eine etwas entfernte Behörde nur durch die Anzeige der Beteiligten erfahren konnte, daß eine Volksversammlung beabsichtigt werde. In heutiger Zeit ist dies anders. Jede Volksversammlung wird in öffentlichen Blättern angezeigt; wenn aber auch dies nicht der Fall wäre, wenn nur an Einzelne eine mündliche Einladung erginge, so könnte ein Plan einer Massenversammlung, der doch den Wohnort nach und nach mündlich mitgeteilt werden müßte, einer nur irgend wie wachsamem Polizei schon aus dem Grunde unmöglich verborgen bleiben, weil so viele Menschen darum wüßten.“

Die erste Kammer hatte allerdings auch bei Versammlungen in geschlossenen Räumen die Voranzeige verlangt, was aber von der zweiten Kammer abgelehnt wurde; denn — so sagt der schon angezogene Kommissionsbericht — „es erscheint nicht notwendig und dürfte das Gebot der Anmeldepflicht leicht dazu dienen, die Abhaltung einer derartigen Versammlung zu erschweren.“

Man sollte meinen, daß die Tatsache, daß weder in Baden noch in Sachsen-Noburg-Gotha und Sachsen-Meiningen, in welchen Ländern eine Anzeigepflicht für Versammlungen nicht besteht, sich irgendwelche Schwierigkeiten für die Möglichkeit, die Versammlungen seitens der Polizei zu überwachen, ergeben haben, die Reichsregierung von der überflüssigen Versammlungsanmeldung hätte absehen lassen sollen. Dasselbe gilt auch von der Genehmigung der Versammlungen unter freiem Himmel. Die Reichsregierung hat aber hieraus nichts gelernt; sie betrachtet die Staatsbürger, soweit Arbeiter und Kleinbürger in Frage kommen, als Menschen, deren Sinnen und Trachten

gefährlich ist von Jugend auf, und die deshalb geschuldet riegelt, kranzt und unter ständiger Beobachtung gehalten werden müssen, damit sie dem „Vater Staat“ keine Schäden zufügen. Die Reichsregierung ist heute in der richtigen Beurteilung der Volksmassen noch nicht so weit gekommen als die badischen Gesetzgeber bereits vor 40 Jahren waren. In der Begründung der Vorlage sagt sie zu dieser Frage:

„Durch die Möglichkeit des Zutretens unbegrenzter Menschenmengen bei öffentlichen Versammlungen unter freiem Himmel kann in besonderer Maße eine Gefährdung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit hervorgerufen werden. Der Behörde, der die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung obliegt, muß daher die Befugnis gewahrt bleiben, in jedem einzelnen Falle zu prüfen, ob derartige Versammlungen geeignet sind, in der angegebenen Richtung zu Bedenken Anlaß zu geben.“

Mit derselben Begründung könnte man das Zusammenströmen großer Menschenmassen bei Festlichkeiten, bei Ausflügen, ja selbst das gemeinsame Verlassen großer Fabriken seitens der Arbeiter nach Feierabend von der Genehmigung der Polizei abhängig machen, damit sie, wie die stehende Phrase lautet, in jedem einzelnen Falle prüfen kann, ob keine Bedenken dagegen vorliegen.

Am meisten Widerspruch hat bisher der § 7 der Reichsvorlage gefunden, welcher bestimmt:

„Die Verhandlungen in öffentlichen Versammlungen sind in deutscher Sprache zu führen. Ausnahmen sind mit Genehmigung der Landeszentralbehörde zulässig.“

Diese Bestimmung hebt für die der deutschen Sprache nicht mächtigen Fremden die Versammlungsfreiheit auf. Es ist dies auch vom Standpunkt der junkerlichen Reichsregierung aus eine geradezu ungeheuerliche und dabei dumme Maßregel. Bei ihren Germanisierungsbestrebungen in Polen, Schlesien usw. schadet sie der Regierung sicher eher, als daß sie ihr nützt; denn die Polen werden ihr Vereinswesen noch mehr ausbauen und werden ihre Agitation mehr in die Vereinsversammlungen legen, wo sie sich ihrer Muttersprache bedienen können. Betroffen werden von dieser Maßregel in erster Linie die fremden Arbeiter. Sie können, soweit es sich nicht um Reichsangehörige handelt, keine Vereine bilden; müssen also ihre Angelegenheiten, wenn es sich um die Interessen einer großen Anzahl von Personen handelt, in öffentlichen Versammlungen erörtern. Da sie sich hierbei aber der deutschen Sprache bedienen müssen, — denn die Landesbehörde macht für sie doch sicher keine Ausnahme — sie dieselbe aber nicht beherrschen, so existiert ein Versammlungsrecht für sie nicht. Man denke sich den Ausbruch von Streiks und vergebenswärtige sich dann die Unmöglichkeit, diese fremdsprachigen Arbeiter in ihrem Zitiom durch Rede und Gegenrede über Ursachen und Stand des Streiks aufzuklären.

Was hier von den Fabrikarbeitern gesagt ist, gilt aber erst recht von den zahllosen italienischen Erdarbeitern und fremdsprachigen Verlegten, wovon die ersteren den Arbeitsort häufig wechseln müssen und oft genug in Verhältnisse kommen, die eine Besprechung unter sich und mit anderen Arbeitern nötig machen. Es braucht sich hierbei nicht immer um Lohnforderungen zu handeln; es können auch Sicherungsmaßnahmen gegen Unfälle, solche zur Erfüllung von Ansprüchen, welche die Arbeiter aus gesundheitlichen Gründen an die Art und die Einrichtungen der Unterkunftsräume glauben stellen zu müssen, in Frage kommen. Man sieht also, daß man die fremden Arbeiter auch bei öffentlichen Erörterungen sich ihrer Muttersprache muß bedienen lassen, wenn man sie nicht mit gefesselten Händen den Unternehmern ausliefern will. (Schluß folgt.)

Deutsche Politik.

Zur Reichsfinanzreform.

In bayerischen Blättern war jüngst behauptet worden, daß die bayerische Regierung sehr ernstlich daran denke, den Ausbau der Erbschaftsteuer im Bundesrat zu empfehlen. Dazu bemerkt die „Deutsche Tageszeitung“: „Wir können das durchaus bestätigen; ja, wir glauben richtig unterrichtet zu sein, wenn wir sagen, daß die bayerische Regierung das bereits getan hat. Sie wird sich aber nicht verhehlen können, daß weder im Bundesrat noch im Reichstage eine Mehrheit für den sogenannten Ausbau der Erbschaftsteuer zu haben sein wird.“

Ob im Reichstage durchaus keine Mehrheit dafür zu haben sei, käme auf die Probe an. Wenigstens würden die Liberalen der verschiedenen Schattierungen gemungen werden, Farbe zu bekennen.

Ein Beamtenparadies.

Im vorigen Rechnungsjahr betrugen die ordentlichen Verwaltungskosten für Deutsch-Ostafrika rund 9.2 Mill.; diese Summe verteilt sich auf Besoldungen von 149 oberem Beamten der Zivilverwaltung, von 146 weißen Hilfskräften und 4000 farbigen Hilfskräften der Zivilverwaltung, ferner auf Besoldung von 183 Europäern der Schutztruppe, 2510 farbigen Schutztruppelern, 31 weißen Beamten der Flottille, 26 farbigen Beamten der Flottille und etwa 70 farbigen Sandwerfern usw. Die 509 weißen Beamten und Schutztruppel bezogen 3.452 Millionen, die 6846 farbigen Beamten usw. 2.322 Millionen Mark. Das sind die Beamten. Und nun die nichtbeamtete weiße Bevölkerung? Am 1. Januar 1905 waren in der Kolonie ansässig erwerbstätige Europäer 548, darunter Deutsche 374. Auf jeden erwerbenden Deutschen kommen also 1 1/4 regierende! Wenn Ostafrika sonst keinen Vorzug hat, den einen hat es sicher: der Idealstaat der Bureaucratie zu sein!

Bayerischer Landtag.

Die Sitzungen der Abgeordnetenversammlung wurden am Mittwoch wieder aufgenommen. Sie finden jetzt nachmittags statt. Man hofft damit die Arbeiten zu beschleunigen. Die Sitzungen der Ausschüsse sind auf den Vormittag anberaumt. — Am Mittwoch erfolgte die Weiterberatung des Etats des k. Hauses und des Neuherrn, und zwar bei Kapitel „Gewerbeaufsicht“. Während die Zentrumsabgeordneten bisher nur in ganz spießbürgerlicher Weise die altbekannten Tiraden über Palliativmittel für Gewerbe und Handwerk vortrugen, setzte Herr Dorn mit einer großzügigen Rede über die Fabrikinspektion und ihre gemaltigen Mängel auch in Bayern ein. Das Personal reicht bei weitem nicht aus, um die Betriebe auch nur einmal im Jahre zu kontrollieren. In manchen Industrien ist die Zahl der Inspektionen zu der der Betriebe geradezu ein bejammernswert niedrige. Die Klagen würden besonders laut aus dem Bau-, Stein- und Brauereigewerbe, aus Ziegeleien, Kieselsteinfabriken und Meißelverarbeitenden Branchen. Die tödlichen Unfälle seien gestiegen, insbesondere bei Kindern und jugendlichen Arbeitern. Die Nachtarbeit bei diesen nehmen mehr und mehr zu und geradezu skandalös seien die Uebertretungen der Unternehmer, denen die niedrige Geldstrafe lieber sei als der Entgang. Insbesondere in der Heimindustrie und im Gewerbe existierten die größten Mißstände. Die Anstellung der Arbeiter im Inspektionsdienst müsse eine größere werden; die Meinung des Ministers, der technische Vorbildung verlange, bereite dies. Desgleichen sei die Anstellung von Ärzten geboten. Der weitgehendste Arbeiterchutz müsse das vornehmste Bestreben der Staatsregierung sein.

Rusland.

Japan.

Der Erfolg eines siegreichen Krieges. Geldnot, wirtschaftlicher Stillstand, Mutlosigkeit — das ist in drei Worten die Kennzeichnung der wirtschaftlichen Lage Japans, schreibt der „Nörischen Zeitung“ ein Korrespondent aus Tokio. Die Regierung hat ein ungeheures post bellum-Programm aufgestellt und weiß nun nicht, woher sie die Mittel zu seiner Durchführung nehmen soll. Ein Kriegsschiff nach dem andern läuft vom Stapel, eine Division nach der andern wird formiert, vielleicht kommt der Staat noch ein einziges Jahr mit den vorhandenen Mitteln aus, die von Russland gezahlte Entschädigung für die Unterhaltung der Kriegsgefangenen rettet den Staatshaushalt, den der wie immer am Weihnachtsfest zusammentretende Reichstag ohne wesentlichen Widerstand bewilligen wird, aber was dann? Die Regierung ist bei ihren Zahlungsverpflichtungen schon jetzt in größter Not. Die Privatunternehmer können ihre Betriebe ohne fremdes Kapital nicht ausdehnen. Der Zuderindustrie droht und droht vielleicht noch jetzt die Monopolisierung, sowie der Wettbewerb neuer Fabriken, da die japanische Industrie durchaus auf die Ausfuhr nach Korea, China und anderen Ländern zugeschnitten ist. Bei vielen Gesellschaften, die, wie zum Beispiel die elektrischen Bahnen, eine ungeheure Ausbeute abwerfen müßten, fallen die Dividenden in unerklärlicher Weise, so daß die Aktionäre die Ueberzeugung gewinnen, daß der reiche Gewinn nicht an sie gelangt. Die finanziellen Schwierigkeiten der Regierung sind dem Volke nicht mehr unbekannt; und daher kommt es, daß in der Industrie und unter den Privatleuten noch größere Besorgnis herrscht, als die freilich sehr bedrängte Lage an

8.
23
kel
lech-
zisen.
ren!
ntourk
stüger.
st.
ch in
r ge-
07,25
ist,
ube.
illing von
on Lebe-
hier, mit
m, Bahn-
arta, Vater
ann Win-
es, Maler.
urt Karl,
tenberger.
hard Lud-
to Ignaz,
ermann
an, Bahn-
ts, Kauf-
9 Monate
alt 7 Mo-
— Karl
— Manfa
Bögt. —
s Johann
ter Ostac

sich hervorrufen würde. Alles ist unsicher. Der einzige Ausweg aus den uns Ungeheures wachsenden Schwierigkeiten ist der, daß die Regierung einlenkt, die Finanzkraft des Landes nicht mehr wie bisher überschätzt und überspannt, auf einen Teil des post-bellum-Programms verzichtet und einen Teil der Staatseinkünfte fruchtbringend anlegt. Andernfalls werden die Flinten, Kanonen und Kriegsschiffe zu rostigem Eisen. Der Ausschlagung Japans läßt sich nicht mit Gewalt erzwingen. Zwischen den japanischen Finanzen und der japanischen Rüstung hat sich eine ungeheure Kluft aufgetan.

Das neue Rheinkraftwerk.

Freiburg, 8. Januar.

Vor etwa zwei Jahren ging den Freiburger Stadtverordneten eine Vorlage zu, in welcher die Mittel für die Vorarbeiten zur Errichtung eines Rheinkraftwerkes gefordert wurden. Die Vorlage wurde genehmigt und der bekannte Ingenieur R. B. J. in mit der Ausarbeitung des Projektes beauftragt. Jetzt liegt der Bericht, welchen der Genannte ausgearbeitet hat, vor und damit ist auch wieder die Verwertung und die Vergebung der Rheinwasserkräfte auf die Tagesordnung gestellt. Hier soll nun zunächst die Bedeutung des Freiburger Werkes besprochen werden.

Die Freiburger Stadtverwaltung hat schon von Anfang an auf dem Standpunkt gestanden, daß der Staat die Wasserkräfte dienstbar machen sollte. Besonders war es der Oberbürgermeister Herr Dr. Winterer, welcher rechtzeitig erkannte, welche ungeheure Werte im Rhein schlummern und der Menschheit dienstbar gemacht werden können. Die Freiburger Stadtverwaltung hat wiederholt versucht, die Regierung von ihrem verwerflichen System, die besten Wasserkräfte an Aktiengesellschaften zu vergeben, abzubringen, jedoch vergeblich. Am nun wenigstens die Stadt selbst vor der Abhängigkeit von einer Aktiengesellschaft zu bewahren, wurde ein Konzessionsgesuch bei der Regierung eingereicht, welchem von der Regierung stattgegeben wurde; damit waren der Stadt Freiburg die verfügbaren Wasserkräfte von Breisach aufwärts, auf die Strecke von 8 Kilometer, gesichert. Für Freiburg ist die Errichtung dieses Werkes von ganz besonderer Bedeutung. Wenn in Freiburg bis jetzt von einer industriellen Entwicklung nicht gesprochen werden kann, so ist daran nicht in erster Linie die von der Stadtverwaltung betriebene Politik schuld, sondern die schlechten Verkehrsverbindungen, vor allem der Mangel eines Wasserweges. Dieser Mangel und die große Entfernung von den Kohlengruben bedingte einen relativ hohen Preisstand der Kohlen und somit eine Verteuerung der Betriebskraft. Eine industrielle Entwicklung wird erst dann einsehen, wenn billige Kraft vorhanden ist und diese Kraft soll und kann uns der Vater Rhein liefern. Der Rhein, welcher uns bis jetzt durch seine gewaltige Schönheit erfreut, aber auch sehr oft durch Hochwasser großes Unheil angerichtet hat, soll jetzt gerade an seinen wildesten Stellen gepackt werden und für all das Unheil, das er schon gestiftet hat, soll er für alle Zeiten in den Dienst der Menschheit gestellt werden. Hoffentlich gelingt es auch bald, das, was eine kurzfristige Regierung dem Großkapital ausgeliefert hat, dem Volke zurückzugeben.

Die Stadt Freiburg hat früher ein Gutachten eingefordert, welcher Ort für sie am günstigsten für die Errichtung eines Kraftwerkes sei. Dabei hat sich ergeben, daß die Erstellungskosten pro Kraftleistung an der Stromstrecke oberhalb Basel niedriger sind, als unterhalb Basel. Aber die Leitung auf so große Entfernungen ist mit so hohen Kosten und Gefahren verbunden, daß die Errichtung in größt möglicher Nähe beschloffen wurde und da kam nur Breisach in Frage. Das Turbinenhaus kommt also etwa 18 Kilometer von Freiburg entfernt zu liegen. Die Verteilung der Wasserkräfte von Basel abwärts ist so gedacht, daß die Kraftwerke (drei an der Zahl) von Basel bis Neuenburg auf die eisfreie Seite zu liegen kommen und von Neuenburg bis Breisach auf die badische Seite. Zu dieser Verteilung kam man deshalb, weil an dem Oberlauf, in der Nähe der Stadt Mühlhausen und deren industriellen Umgebung, ein gegebenes Abzweiggebiet vorhanden ist und der Kanal auf dem linken Ufer leichter zu erstellen ist, als auf dem rechten, wo die Berge stellenweise bis dicht an das Strombett reichen. Am Unterlauf ist dann die Stadt Freiburg

eine große Abnehmerin und der Kanal auf dem rechten Ufer verhältnismäßig leicht zu erstellen. Zwischen Neuenburg und Breisach kommen zwei Kraftwerke zu stehen und sollte eigentlich das obere zuerst gebaut werden, da aber Freiburg das untere will und sich für das obere noch kein Bauherr gefunden hat, so wird unterhalb der Ortschaft Hartheim ein Stauewehr errichtet und das Wasser in den Zulaufkanal geleitet. Würde das obere zuerst errichtet, dann würde der Abflusskanal von jenem Werk den Zulaufkanal für das Freiburger Werk bilden und das Wehr wäre überflüssig. Allerdings würden dadurch die Kosten für den Kanalbau wesentlich höher; immerhin würden aber nach dem Gutachten etwa 2 Millionen gespart.

Die Anordnung der Freiburger Anlage ist folgendermaßen gedacht:

Der Kanaleinlauf befindet sich bei Kilometer 46 (von der Schweizergrenze ab), der Auslauf bei Kilometer 54,4. Die Länge der benutzten Rheinstraße beträgt 8,8 Kilometer. Das Wehr befindet sich 400 Meter unterhalb des Einlaufes. Das Turbinenhaus kommt 2000 Meter oberhalb des Einlaufes zu stehen. Als Wehr wird ein bewegliches Balgenwehr errichtet, welches bei Hochwasserstand sich selbst reguliert. Nach dem Durchschnittswasserstand hat der Rhein 325 Tage im Jahr soviel Wasser, daß es ausreicht, um 8100 PS. Kraft zu erzeugen. Bei Niedrigwasser kann das Wasser durch das Wehr in den Nachstunden, wo wenig Kraft gebraucht wird, gestaut werden, so daß für die übrige Tageszeit genügend Wasser vorhanden ist. Im äußersten Falle soll das in Freiburg bestehende, mit Dampf betriebene Elektrizitätswerk mit eingerechnet werden. Der Kanal wird so gebaut, daß er auch für die Schifffahrt benützt werden kann. Die Schleufe beim Turbinenhaus erhält eine Breite von 25 Meter und eine Länge von 90 Meter. Es kann, da die Durchschleufung eines Schiffes etwas weniger als eine Stunde Zeit in Anspruch nimmt, ein viermal stärkerer Verkehr bewältigt werden, als er jetzt in Straßburg zu bewältigen ist. Sollte die Schleufe einmal nicht mehr genügen, so kann sie leicht vergrößert werden. Beim Turbinenhaus und an dem Stauewehr sind Fischwege angebracht, welche es den Fischen ermöglichen, flussaufwärts zu schwimmen.

Der Kostenanschlag sieht vor:

1. Vorarbeiten, Vorarbeiten, Grunderwerb	600 000 M.
2. Wehr und Rheinuferbauten	4 000 000 "
3. Zulaufkanal	3 500 000 "
4. Abflusskanal	1 850 000 "
5. Turbinenhaus	3 800 000 "
6. Fischweg	240 000 "
7. Schiffschleufe	2 600 000 "
8. Turbinen, Hallen, Rechen und Lauffran	1 900 000 "
9. Dynamomaschinen mit Schalttafel	1 050 000 "
10. Arbeiterwohnungen	100 000 "
11. Unvorhergesehenes u. Vorsehung (ca. 12 %)	2 300 000 "
Gesamtkosten	21 800 000 M.

Baukosten für eine PS. = 703 M.
Ertragsberechnung: Der Berechnung ist zugrunde gelegt, daß das Rheinwerk mit der Dampfmaschine auch bei Niedrigwasser 81 000 PS. erzeugen kann.

Der Kapitalaufwand ist folgender:

Baukosten	21 800 000 M.
Vauginsen	1 750 000 "
Transformator und Leitungsnetz	5 600 000 "
Wirklicher Wert der Dampfmaschine	1 350 000 "
Zu verzinsendes Kapital	30 500 000 M.

Ausgaben:

Eigentliche Betriebskosten	185 000 M.
Unterhaltungskosten	300 000 "
Rücklage für Erneuerungen	250 000 "
Rücklage zur Tilgung des Kapitals (jährlich 0,33 %)	101 000 "

Die Betriebskosten mit Amortisation, aber ohne Verzinsung des Kapitals, stellen sich somit auf 836 000 M.
Rechnet man, daß von 31 000 PS. 5000 PS. für Licht abzugeben werden, und zwar mit einem mittleren Verkaufspreis

von 150 M. und die übrigen 26 000 PS. für Kraft, mit einem mittleren Verkaufspreis von 90 M., so ergeben sich die jährlichen Einnahmen wie folgt:

5000 PS. à 150 M. =	750 000 M.
26 000 PS. à 90 M. =	2 340 000 "
Davon ab für Betriebskosten	3 090 000 M.
bleibt Rest	2 254 000 M.

Das ergibt eine Verzinsung des Anlagekapitals von 7,4 %.

Man kann sich zwar des Eindrucks nicht verschließen, daß die Berechnungen etwas optimistisch aufgestellt sind. Es werden sich auch hier die bekannten Ueberschreitungen der Voranschläge einstellen, auch ist damit zu rechnen, daß sich nicht gleich von Anfang an Abnehmer für die gesamte Kraft finden werden. Soviel steht aber fest, daß diese Kraft billiger wird als die Dampfkraft, welche wir heute aus der Kohle gewinnen. Die Steinkohle wird immer teurer und die Gesamtheit kommt in immer größerer Abhängigkeit von dem Kohlenhandel. Diese Wasserkraft aber wird immer billiger, denn wenn in wenigen Jahrzehnten die Baukosten zum größten Teil, aber ganz bezahlt sind, dann kann die elektrische Kraft zu einem ganz minimalen Preis abgegeben werden. Wenn man sich das vergegenwärtigt, dann wird man sich erst bewußt, wieviel die badische Regierung den Großkapitalisten geschenkt hat, als sie ihnen die besten Wasserkräfte überließ. Das Freiburger Projekt ist das erste, welches von den badischen Rheinwerkwerken in Gemeinbesitz kommt. Auch für die Strecke von Basel bis Neuenburg hat eine kapitalistische Gesellschaft schon die Konzession erworben, allerdings in Gemeinschaft mit der Stadt Mühlhausen. Als es sich um das August-Bühlener Kraftwerk handelte, erklärte die badische Regierung, daß sie nicht die nötigen Mittel habe, um das Werk auf eigene Kosten zu bauen, dagegen hatte die Stadt Basel den Mut, die schweizerische Hälfte des Werkes allein zu übernehmen. Es ist sehr wichtig, daß zwischen den kapitalistischen Kraftwerken wenigstens einige errichtet werden, welche sich in Gemeinbesitz befinden, um dadurch die Monopolstellung dieser Privatunternehmungen einigermaßen zu paralysieren.

Für Freiburg ist die Errichtung des Werkes von großer Bedeutung. Mit der Errichtung des Werkes wird die Industrie ihren Einzug halten und dadurch, daß die Stadt über die Kraft verfügt, hat sie sich auch den notwendigen Einfluß auf die Entwicklung derselben gesichert. Wenn dabei noch eine soziale Boden- und Wohnungspolitik betrieben wird, dann kann dieses Werk zum Segen der Stadt werden. Das letztere muß aber damit verbunden werden, sonst fließt der ganze Segen doch wieder in die Taschen der bestehenden Klasse. Es müßte schon jetzt darnach gestrebt werden, daß nicht die Grundstückspekulanten unverdient Kapital daraus schlagen. Ob allerdings ein Stadtrat, welcher sich nur aus Bescheidenden zusammensetzt und in welchem die Grundstückspekulanten zahlreich vertreten sind, eine solche Politik betreiben kann, ist sehr fraglich.

Der Zeitpunkt, wann mit dem Bau begonnen wird und das Werk betrieben werden kann, läßt sich heute noch nicht bestimmen. Zunächst wird die Firma „Kraftwerk Mühlhausen“ ein Werk bei Rembs erstellen, welches auf 42 000 PS. eingerichtet wird. Dann kommt das Freiburger, und so soll je nach Bedarf ein Werk nach dem andern erstellt werden, bis die Wasserkraft voll ausgenutzt ist. Die Werke von Basel bis Breisach sollen miteinander verbunden werden, um sich im Bedarfsfalle gegenseitig zu ergänzen. Als Sozialdemokraten und vom bürgerlichen Standpunkt aus können wir nur wünschen, daß die Errichtung dieser Werke recht rasch nacheinander erfolgt, denn der technische Fortschritt ist die Voraussetzung des Fortschritts auf allen anderen Gebieten. In engem Zusammenhang mit der Errichtung der Kraftwerke steht die Schiffbarmachung des Oberrheins. Nur in Verbindung mit den Kraftwerken ist die Schiffbarmachung des Stromes möglich, so daß dann beides erreicht wird: billige Kraft und billige Verkehrswege. Vielleicht wird vom Volk auch dem Landtag und der Regierung einmal ein anderer Geist eingetrichtert, so daß die Lösung dieser Aufgabe noch zum Wohle der Allgemeinheit erfolgt.

Der Holzhändler.

Roman von Max Kreher.

87) (Nachdruck verboten.) (Fortsetzung.)

Ueber Lutzfelde, dessen Zwangsversteigerung bevorstand und das er hoffen zu dürfen brachte, wollte er sich die Bestimmung noch vorbehalten. Er wußte noch nicht, ob er es als sein Eigentum behalten oder freihändig wieder verkaufen würde. Im ersten Falle hätte er es dann noch gern Otti vermacht, damit dessen kleine Freude an der Natur haben könnte. Es hätte ihm Vergnügen gemacht, so lange er noch lebte, es selbst zu bewirtschaften und dabei den Genuß aus seiner Nache zu ziehen. Schon während der letzten Jahre hatte er aufgehört, den Wald ganz niederzulegen, weil seiner Meinung nach das Gut schon genug entwertet war. Und so hatte er dem Grafen plötzlich die Hypothek gekündigt. Er glaubte, daß Lutz in seiner Verzweiflung sich nun persönlich mit der Bitte an ihn wenden werde, die Hypothek noch weiter stehen zu lassen, weil er sonst ein ruiniertes Mann war. So wäre denn der Graf wie ein Bettler vor ihm erschienen, und er hätte ihn mit kalter Höflichkeit abgewiesen. Aber Lutz kam nicht, er ließ auch sonst nichts von sich hören, und so fiel das ganze schöne Bild, mit dem Dulters sich jahrelang in Gedanken getragen hatte, in sich zusammen. Seine Nache erschien ihm nur halb befriedigt, dies machte ihn noch verdrießlicher, als er schon war. Es kam also zum Verkauf.

Auf vor seiner Abreise nach Eichenmeß, als er gerade die Nachricht erhalten hatte, daß sein Gebot für Lutzfelde ausgeschlagend gewesen sei, erhielt er von Lutz folgendes Schreiben:

Mein langes Ohr hat mir in der letzten Zeit wiederholte geklungen, und so habe ich — wohl nicht mit Unrecht — angenommen, daß Sie überaus lebhaft an mich denken. Ich brauche wohl nicht erst zu sagen, daß ich genau weiß, was Sie gedacht haben. Ich kenne Dulters, doch Dulters kennt den Grafen Lutz nicht. Mohammed kommt nur einmal zum Berge, das zweitemal nicht, und sollte der „Berg“ auch so sehr darüber entrüstet sein, daß sein goldener Inhalt aus Aerger über nicht ganz ge-

lächten Nachdurst verheißungsvoll zu klingen beginnt. Sie sehen, mein Vetter, daß ich, wenn ich mich jemals für einen bürgerlichen Beruf hätte entscheiden können, noch als Gedankenerräter mich vielleicht nicht ganz schlechtes Fortkommen gefunden hätte. Wie ich Sie mir vorstelle, sehen Sie manche Stunde erwartungsvoll in Ihrem behaglichen Kontorjessell, den Blick vielleicht mitunter auf die schöne Lithographie an der Wand gerichtet, die für uns beide so peinliche Erinnerungen enthält, und haben mit Sehnsucht dem bellenden glänzenden Zylinder entgegen, den Sie schon durch die Fenstervorhänge erblicken konnten, wenn er der bekannten ersten Klasse entstieg. Es tut mir leid, daß Sie meine Person für so wichtig hielten, Ihre wertigen unangenehme Stunden zu erleben, aber der Gedanke tröstet mich, daß diese kleinen Leiden jedenfalls unbedeutend waren im Verhältnis zu den großen, die Sie um eines anderen Geschöpfes willen jahrelang im stillen Kämmerlein erlitten haben. Ja, Dulters, ich weiß es! Das Inventarium Ihrer Seele hat mir während der ganzen Zeit, wo ich das große Vergnügen Ihres persönlichen Verkehrs genoß, offen und durchsichtig wie Kristall vor meinem tieferen Blick gelegen. Und weil ich die große Vermischnis dieses Inventars stets empfunden hatte, ist mein Herz frei von Neid gegen Sie geblieben. Und so blieb der stete Refrain meines inneren Bedauerns immer derselbe: „Armer König der Wälder! Dein Königtum war nur von Deiner Gnade, und deshalb war Deine Großmut nur Tarnung, Deine Herrschsucht Schadenmut und Dein Inneres ein irdenes Gefäß, das niemals einen Klang von sich gab, denn es ist ein Riß in ihm vorhanden, den all Deine Wohlthätigkeit, der Not des Gewissens gehorchend, nicht dem eigenen Triebe“, all Deine Reue und Klöße sie in heißen Strömen zum Ocean des Schmerzes, nicht mehr heilen wird.“ Und wenn Sie nun erfahren, mein Vetter, daß mir als dem Ihrem Herzen (Bitte, nicht wörtlich zu nehmen) so nahestehenden Manne die Verachtung zu Ihrer Tat (damals, da oben in Irland) niemals ganz klar geworden ist — so wird, ich befürchte es fast, dieser unheilbare Riß sich noch klaffender zeigen. Nehmen wir an, Ihre Tat wäre die Folge ganz bestimmter Voraussetzungen gewesen, so fehlt doch, wie es mir scheint, immer noch das bindende Glied in dieser Gedankenkette, das ich lakonisch mit „Schuldbeweis“ bezeichnen möchte. Es tut mir leid, Verehrtester,

Ihnen vielleicht noch mehr unruhige Nächte verschaffen zu müssen, als Sie wohl bisher schon gehabt haben, aber der Stern der Gerechtigkeit verlangt das offene Wort. Und so frage ich Sie hiermit, mein Vetter, ohne die Erwartung und den Wunsch zu hegen, jemals von Ihnen eine Antwort darauf zu erhalten: Gatten Sie Veweise für die Schuld Ihrer Frau? Ich glaube ja gern, daß die Vorstellung, Sie könnten eine bößliche Unschuldige, die aus Stolz im Augenblick die Schuld nur markierte, im Affekt getötet haben, plötzlich so schauerlich auf Sie wirken muß, daß die unsichtbare Wand der Folter, auf der Sie ein Vierteljahrhundert lang gefesselt haben, Ihnen wie ein Blütenfisch voll Duft und Wonne gegen die neuen Qualen erscheinen würde. Ich werde mich hüten, Ihnen nach diesen Andeutungen noch den Schlüssel des Ringes zu geben, denn ob ihm halbe oder ganze Günst ein Weib geschenkt hätte — Graf Lutz erbt immer die jeweiligen Farben seiner Liebe, die ihm die Welt den Mund verschlossen. Nehmen wir aber an, es sei wirklich so: Ihre Frau wäre an jenem Abend absolut unschuldig gewesen, ich hätte aus alter Anhänglichkeit Olga Radowska nur einen harmlosen Besuch gemacht, oder sie hätte sündigen wollen, wenn auch später erst! Wo bliebe Ihre Kombinationsgabe, noch ärmerer König der Wälder! Ich will diese Frage offen lassen, weil ich Ihren stets regen Geist kenne, der sich gern mit neuen Problemen befaßt. Wenn Dulters dem Grafen „Mhasarus Lutz“ auf seinem Wandersfabe begegnet, wird er ihm sicher gern mitteilen, ob er des Rätsels Lösung gefunden habe oder nicht.

Und nun leben Sie wohl, Verehrtester. Der alte Herr zieht aus und der neue Herr wird eingezogen, soll heißen: der Edelmann geht und der Mann — nennen wir ihn mit der eiserne Stirn und der Furcht vor den Kindern — zieht ein. Neues Leben wird aus der alten Scholle sprechen. Ob gutes oder böses, wer kann es wissen? Der Dünker auf den Feldern wird derselbe bleiben.

Ohne Gruß Ihr stets wohlgesinnter Graf Lutz.

P. S. Ich höre übrigens, daß Eichenmeß nächstens von Ihnen besucht werden wird. Ich werde in Gedanken stets bei Ihnen sein.

(Fortsetzung folgt.)

Badische Politik.

Die Freiburger Gründung

emes konservativen Vereins wird in der Presse aller Richtungen verhöhnt und verspottet. Mit Recht. Die „Frf. Ztg.“ sagt: ... Eine neue Art, die Deszendenztheorie für die Politik nutzbar zu machen, aber auch eine Politik, bei der einem wirklich die Lust auf die Räume zu flattern, überkommen mag. Vor allem aber wird grimmige Fehde der Sozialdemokratie angelegt, und das Zusammengehen mit ihr, aus immer was für Gründen, verworfen. Also Kampf nach zwei Fronten, bei dem die neue Partei allerdings nichts zu verlieren hat. Die Wählererschaft aber wird es sich überlegen, bevor sie einer politischen Organisation ihre Hilfe leiht, die eine weitere Zersplitterung der Kräfte anstrebt in einer Zeit, die mehr als je die straffe Zusammenfassung aller Kräfte fordert und den zielbewußten energiegelassen Kampf für den politischen Fortschritt.

Herr Landtagsabgeordneter Benedek

schreibt uns: Die Redaktion des „Volksfreund“ ersuche ich hierdurch unter Bezugnahme auf verschiedene Artikel, die sich mit der Angelegenheit der „Konstanzer Abendzeitung“ befaßten und in schärfster Weise gegen die Konstanzer demokratische Partei und auch selbst richteten, auch mir als dem Angegriffenen mit nachsichtiger Erwiderung das Wort zu geben:

1. Meine Mitteilung im „Badischen Landesboten“ und der „Neuen Konstanzer Abendzeitung“, daß bei Uebergang des Verlags der „Konstanzer Abendzeitung“ samt der damit verbundenen Buch- und Anzeigen-Druckerei aus dem Eigentum der Genossenschaftsdruckerei in dasjenige des Herrn C. A. Schwarz seitens der Parteigenossen auf Anteile in Höhe von ca. 11 500 Mark zugunsten des Herrn Schwarz veräußert worden sei, fügte sich auf eine Aufforderung dieses Herrn selbst, die er mir im Laufe der Verhandlungen mit ihm zugehen ließ. Ich nahm diese Aufforderung auf Treu und Glauben als wahr und den Tatsachen entsprechend an. Sie enthält u. a. die Behauptung, Herr C. A. Schwarz habe einen bestimmten, jetzt im Ausland wohnenden Genossen mit 3600 Mk. Anteilen aus seinen eigenen Mitteln voll auszahlen müssen. Diese Behauptung des Herrn C. A. Schwarz ist eine Unwahrheit. Ich habe mich nachträglich bei dem betr. Herrn erkundigt und erfahren, daß er niemals für 3600 Mk. Anteile besaß, sondern nur für 1500 Mk. und daß er hierfür auf Grund eines Separatabkommens mit Herrn Schwarz 1000 Mk. bar erhielt. Meine Berechnung der von den Genossen Herrn Schwarz überlassenen Anteile erhöht sich also nach Richtigstellung dieser seiner unwahren Behauptung um den entsprechenden Betrag. Im übrigen halte ich sie vollständig aufrecht. Wie viel die Anteile tatsächlich wert waren, entzieht sich meiner Kenntnis. Ich selbst bin der Genossenschaft erst relativ kurze Zeit vor dem Verkauf der Druckerei samt Zeitung an Herrn Schwarz beigetreten. Dagegen war dieser ca. 10 Jahre lang der alleinige und unumschränkte Geschäftsleiter und Leiter des ganzen Unternehmens, bevor er es im Jahre 1900 käuflich erwarb und gleichzeitig die vertragliche Verpflichtung einging, die „Konstanzer Abendzeitung“ als demokratisches Organ weiterzuführen. Es ist also lächerlich und ein geradezu vernichtendes Armutzeugnis für die intellektuellen und kaufmännischen Fähigkeiten des Herrn C. A. Schwarz, wenn seine Freunde die Sache jetzt so hinstellen wollen, als ob man ihm ein Geschäft aufgedrückt habe, das er nach 10jähriger Leitung doch kennen mußte, wie seine Hofenstafel.

2. Ich beharre durchaus auf meiner Behauptung, daß die Parteigenossen Herrn C. A. Schwarz eine Subvention in Höhe von 1500 Mk., zahlbar anfangs 1908 und in gleicher Höhe, zahlbar anfangs 1909, angeboten haben. Es war allerdings, während ich mich schon in Karlsruhe behufs Teilnahme an den Sitzungen des Landtags befand, zeitweilig beschlossen worden, die Subvention Herrn Schwarz erst auszubehalten, nachdem er durch Anstellung eines Berufsjournalisten als Redakteur, durch entsprechende Propaganda usw., gezeigt haben würde, daß das Geld wirklich der nach Ansicht der hiesigen Parteigenossen von ihm in der letzten Zeit größtenteils vernachlässigten Zeitung und nicht seiner Anzeigen-Druckerei zugute kommen sollte. Dieser sachlich durchaus wohlgegründete Beschluß wurde von mir nach meiner Rückkehr von Karlsruhe aus Ermüdungen vorwiegend politischer Art bekämpft (selbstverständlich nicht in der Form, die mir der Freund des Herrn Schwarz in den Mund legt) und dann dahin abgeändert, daß Herr C. A. Schwarz die ersten 1500 Mk. sofort nach Abschluß der Sammlungen, d. i. anfangs

Januar 1908, und die zweiten 1500 Mk. nach Jahresfrist ausbezahlt werden sollten. Von diesem Beschluß habe ich Herrn Schwarz persönlich alsbald verständigt. Ich habe noch heute die Ueberzeugung und wäre in der Lage, es zu beweisen, daß ich auf dieser Grundlage eine Verständigung mit Herrn C. A. Schwarz erzielt haben würde, wenn es nur auf seinen Willen angekommen wäre. Allein auf Grund eines strittigen Verbotes seitens eines Herrn, von dem Herr Schwarz geschäftlich vollkommen abhängig ist, durfte er sich nicht in dieser Weise mit mir verständigen. Wenn nun der Korrespondent des „Volksfreund“ der durch seine Beziehungen zu Herrn Schwarz über jede Phase der Verhandlungen mit uns ganz genau unterrichtet ist, meine Darstellung über die seinem Freunde zu gewährende Subvention auch ferner als eine Unwahrheit bezeichnen will, so würde ich nicht ansetzen, seine gegenteilige Darstellung meinerseits für eine Lüge zu erklären.

Gleichzeitig überlasse ich die Verantwortung streng vertraulicher Privatbriefe und ebenso vertraulicher Verhandlungen, die ihm nur durch einen groben Vertrauensbruch bekannt geworden sein können, durch diesen Herrn in der Öffentlichkeit dem Urteil aller anständigen Leute.

3. Wenn Herr Schwarz und sein Freund in der Presse bestreiten, daß diesem jemals ein Pfennig von den Parteigenossen geschenkt worden sei, so erkläre ich, daß zu Schenkungen an ihn zunächst gar kein Anlaß vorlag. Er hatte das Geschäft unter Bedingungen erworben, die er selber jedenfalls für sehr annehmbare hielt und sprach sich in den ersten Jahren gegenüber verschiedenen Parteigenossen sehr befriedigt über seine Jahresabschlüsse aus. Aus einer vorübergehenden Verlegenheit, in die er durch einen recht unvorsichtigen Wechselverleiher (Gefälligkeitsatzepie) mit der später betrachteten Heilkommer Gewerbehank geriet, halfen ihm die hiesigen Parteigenossen dadurch, daß sie für ca. 20 000 Mk. Bürgschaften für ihn übernahmen. Sie ermahnten es ihm damit, aus der anfänglich sehr fatal erschienenen Angelegenheit durch ein günstiges Arrangement mit einem recht hübschen Reingewinn herauszukommen. Auch später leisteten hiesige Parteigenossen für Herrn C. A. Schwarz weitere namhafte Bürgschaften, als er zur Erweiterung seines Betriebes neuer Maschinen bedurfte. Seine Existenz erschien also gesichert und zu Schenkungen an ihn war kein Anlaß, bis er im Laufe des vorigen Jahres mit dem Erlösen um eine Subvention an die Partei herantrat. Lediglich der Vollständigkeit halber soll hier bemerkt werden, daß anlässlich der oben erwähnten vorübergehenden Verlegenheit des Herrn C. A. Schwarz ihm auf meine Vermittlung hin ein gutsituiertes auswärtiges Parteigenosse immerhin eine bare Zuwendung von 1000 Mk. à fond perdu machte.

Ich bin damit mit der Darstellung der Angelegenheit, die meines Erachtens eine reine Privatsache der hiesigen Parteigenossen und des Herrn C. A. Schwarz ist und die Öffentlichkeit an sich nicht das mindeste angeht und auf die ich deshalb nur widerwillig und lediglich in der Verteidigung eingegangen bin, zu Ende. Es erübrigt sich nur noch die Mitteilung, daß Herr C. A. Schwarz gestern zu gleicher Zeit, da seine und seines Freundes Erklärungen in den hiesigen „Nachrichten“ und im „Volksfreund“ erschienen, durch einen seiner Angestellten bei mir und einem weiteren Vorstandsmitglied des hiesigen demokratischen Volksvereins den Versuch der Verständigung unternahm, um im Einvernehmen mit der Partei die „Konstanzer Abendzeitung“ wieder ins Leben zu rufen!

So schrecklich können also die Erfahrungen nicht gewesen sein, die er mit uns gemacht hat.

M. Benedek, Rechtsanwält.

(Wir geben noch kurz unserem Konstanzer Gewährsmann das Wort und schließen dann die Akten über diese Angelegenheit.)

Die badische Landwirtschaftskammer.

Das Gesetz- und Verordnungsblatt veröffentlicht die Sitzungen der Landwirtschaftskammer. Die Landwirtschaftskammer hat ihren Sitz in Karlsruhe. Sie hat die Aufgabe, die Interessen der Land- und Forstwirtschaft wahrzunehmen und die Behörden, Korporationen usw. mit Rat und Tat zu unterstützen. Den berufenen Mitgliedern treten noch drei weitere hinzu, welche von der Kammer aus dem Kreise der Sachverständigen und um die Land- und Forstwirtschaft verdienten Personen ausgewählt werden. Die Landwirtschaftskammer tritt alljährlich einmal zu ihrer ordentlichen Sitzung zusammen. Außerordentliche

Sitzungen sind berufen, wenn der Vorstand dies für geboten erachtet. Die Kammer ist beschlußfähig, wenn mindestens die Hälfte der Mitglieder anwesend ist. Der Vorstand besteht einschließlich des Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden aus 5 Mitgliedern und ebenso vielen Stellvertretern. Die Kammer kann nach Bedürfnis die Bildung von Ausschüssen beschließen. Die Ausschüsse können sich von Nichtmitgliedern der Kammer ergänzen. Des näheren sind die Gegenstände bezeichnet, welche der Beschlußfassung der Vollversammlung vorbehalten sind.

Der „Volksfreund“ auf der Kanzel.

Wie uns aus Bufenbach geschrieben wird, hat Herr Pfarrer Lipp in seiner Predigt vom vorletzten Sonntag seinen Gläubigen eine Vorlesung aus dem „Volksfreund“ gehalten. Wenn wir unsern Korrespondenten recht verstanden haben, so hat es ihm die Nummer 248 vom 24. Oktober v. J. angetan, in welcher wir aus der „Deutschen Rundschau“, einem bürgerlichen Blatte das vernichtende Urteil abdruckten, das der bekannte Philosophie-Professor Friedrich Paulsen in einem Artikel über den in der Volksschule gelehrtens dogmatischen Religionsunterricht fällte. Pathetisch rief Hochwürden aus: „Kann angesichts einer solchen Beschimpfung der Religion in einem Zimmer, wo das Bild des Gekreuzigten hängt, ein solches Blatt noch Platz finden?“ Es möge den hiesigen Volksfreundelesern das zu bedenken geben. Er will ja, wie er meint, keine Politik auf der Kanzel treiben, er erfülle nur seine Pflicht, die ihm von seiner vorgesetzten Behörde befohlen ist, gegen die Feinde der Religion anzukämpfen.

Mit Verlaub, Herr Pfarrer! Der „Volksfreund“ kann sehr wohl in einem Hause aufliegen, in dem das Bild des Gekreuzigten hängt, er hat sogar ein größeres Recht sich auf diesen zu beziehen, als die heutige organisierte Kirche, deren Diener wir auf Seiten der Fürsten und Gewaltigen und in rührendem Einvernehmen mit den Reich und Regierten sehen. Wir Sozialdemokraten, die wir Anhänger der modernen Weltanschauung und in manchen Dingen über Jesus und seine Zeit hinausgeschritten sind, stehen seinem Gerechtigkeitsinn und seiner Nächstenliebe vielleicht noch näher, als die Anhänger des Dogmen-glaubens, die seinen Namen wohl heuchlerisch bei jeder Gelegenheit im Munde führen, deren Taten und Worte aber mit seinen eigentlichen Ideen sich im grassesten Gegensatz befinden. Und nicht nach ihren Worten, sondern nach ihren Werken soll ihr sie richten.

Wenn aber der hochwürdige Herr nun jetzt einen neuen Modus in der Bekämpfung der Sozialdemokratie durch einfache Vorlesung des „Volksfreundes“ von der Kanzel einzuführen beabsichtigt, so sind wir vollständig damit einverstanden und sind sogar bereit, sämtlichen Herren Kontrakte je eine Nummer kostenfrei zur Verfügung zu stellen.

Ferner wollen wir dem Herrn Pfarrer Lipp Gelegenheit geben, über das neue Evangelium des Sozialismus mit uns zu rechten, sofern er uns bezw. seine Leute nicht wieder die Lokale abtreiben, wie dies früher schon praktiziert wurde.

Aus Egerdweier

erhalten wir folgende Berichtigung:

1. Es ist nicht wahr, daß ich an Weihnachten von „Wollust“ gepredigt habe; selbst nicht einmal dieser Ausdruck wurde gebraucht.

2. Es ist nicht wahr, daß ich den sozialdemokratischen „Radfahrerverein coram populo der Sünde der Wollust“ beschuldigt habe. Nicht einmal andeutungsweise wurde dieser Verein in der Predigt berührt.

3. Es ist nicht wahr, daß der Radfahrerverein ein „harmloses Theaterstück“ auführte. Vielmehr wurde unter dem Titel „die heilige Ehe“ diese Einrichtung der christlichen Kirche und des Staates verhöhnt und der Ehebruch verherrlicht und zwar in Gegenwart von Volks- und Fortbildungsschülern. Gegen das dadurch gegebene Vergernis mußte ich eine öffentliche Erklärung abgeben, die ich nach der Predigt beim Verflünden aus dem Verflüdnis ablas und in der der Ausdruck „Wollust“ wieder nicht vorkommt. Eckert, Pfarrer.

deren Seite unsägliches Elend aus Unterernährung. Sie werden, meine Herren, in Ihrer künftigen Praxis Bilder sehen, wo unsere Sprache zu arm ist, sie wiederzugeben.

Wir haben heute eine soziale Frage, das heißt eine gesellschaftliche Magenfrage! Betrachten Sie dieselbe und vertiefen Sie sich darin, sie alle können nur zu einem Resultat gelangen: Der Magen muß zu seinem Rechte kommen. Jeder Mensch muß als ein Organ der menschlichen Gesellschaft betrachtet werden, und ein Organ, das leidet, kann seine Funktion nicht zum Wohle der Gesellschaft ausüben, daher kommt der nervöse schwankende Zustand der Gesellschaft. Will und soll die menschliche Gesellschaft sich zu geistiger Höhe entwickeln, dann muß der gesellschaftliche Zustand eine grundsätzliche Veränderung erfahren, und zwar: Die Demokratie des menschlichen Organismus muß zum Prinzip der menschlichen Gesellschaft werden, erst dann beginnt die wahre Kultur.

Da ertönte ein schrilles Glockenzeichen. Der Herr Professor wurde gerufen. „Herr Assistenzarzt“, sagte er, „ein dringender Fall; ich muß fort. Schreiben Sie als Todesursache: Herzschlag aus übermäßigem Alkoholgenuß!“

Literatur.

(Alle hier angekündigten Bücher und Zeitschriften sind durch unsere Buchhandlung zu beziehen. Alle Bestellungen werden prompt ins Haus geliefert; bei Bestellungen von auswärts wird erjucht, das Porto beizufügen.)

Von den „Sozialistischen Monatsheften“, die jetzt bekanntlich alle 14 Tage erscheinen, ist soeben das erste Heft des 14. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt haben wir hervor: Max Schipuel: Kolonialpolitik. — Eduard Bernstein: Das Werk des Freigedankens und der Bahlebschamps. — Otto Hue, M. d. R.: Die christlich-nationale Arbeiterbewegung. — Beatrice Webb: Der Glaube an den Sozialismus. — Rudolf Kurb: E. A. Hoffmann — Rosa Mahreder: Der Wanderer und das Ziel. — Paul Kampffmeyer: Die Intellektuellen und die Sozialdemokratie. — Julius Deutsch: Gewerkschaftliche Lohn- und Preispolitik. — Friedrich Hübn: Das Gesetz der wirtschaftlichen Konzentration in seiner Beziehung zum allgemeinen Weltgesetz. — Politik von M.

Der Magen.

Von C. Damm.

(Nachdruck verboten.)

Die Studierenden der medizinischen Fakultät hatten sich im Seziersaal der Anatomie eingefunden. Es war bereits 10 Uhr, der Herr Professor war noch nicht anwesend. Auf dem massiven braunen Eichentische lag der Leichnam eines Mannes, dessen Todesursache festgestellt werden sollte. Der Tote war ein Mann in den vierziger Jahren, man hatte ihn auf der Straße tot aufgefunden, nach der Anatomie gebracht und hier hatte seiner die Zerteilung. Der Assistenzarzt hatte bereits alle Vorbereitungen getroffen. Da standen sinnige Apparate, Fiolen, Pinzetten, Messer und ein ganzes Arsenal blühender Instrumente. Da öffnete sich die Tür und der Herr Professor trat in den Saal.

„Guten Morgen, meine Herren!“ sagte er, „ich habe mich etwas verspätet. Ich wurde zu einem Patienten gerufen und daher kommt die Verzögerung meines Eintreffens, was Sie entschuldigen werden.“ Der Professor entledigte sich seines Ueberziehers und zog einen grauen Leinenmantel über, dann erteilte er seine Anordnungen. „Der Assistenzarzt“, sagte er, „legen Sie das Gehirn des Toten los.“ Die scharfen Zähne einer zierlichen Säge glitten lautlos immer tiefer in das morsiche Stirnbein und in kurzer Zeit lag der Schädel des Toten in zwei Hälften und das Gehirn war bloßgelegt. Dann öffnete man die Bauchhöhle.

„Wie, Ihnen wird übel?“ fragte der Professor einen der Studierenden. „Nur und Juristen dürfen nicht sentimental werden.“ Man reichte dem jungen Manne ein Riechfläschchen. Bald lag das Herz und der Magen des Toten auf einer Tablette und mit wenigen Schnitten war der Magen zerteilt.

„Meine Herren!“ sagte der Professor, „die Todesursache dieses Mannes ist nicht schwer festzustellen. Sie sehen diesen Magen vor sich, blau, von allen Fettsäuren entblößt, heulig, wund und ekelhaft. Dieser Mann war ein Fünftausender erster Güte, es war ein Glück für ihn, daß er starb, sonst wäre der Käuferwahnsinn ihm in Kürze sicher gewesen. Dieser Mann konnte keine warme feste Nahrung mehr zu sich nehmen, ohne

große Schmerzen zu empfinden; er ist ein Opfer der Alkoholpest. Bei dieser Gelegenheit empfehle ich Ihnen, das Werkchen von Ralph Triner zu studieren: „Charakterstärke durch Gedankenkräfte“; es dürfte manches Nützliche für Sie darin enthalten sein. Meine Herren! Man kann über den Alkohol vertriebenen Meinung sein, und ich möchte ihm auch nicht das Wort reden. Aber die vielseitige animalische Nahrung und andere Nährstoffe verbiden häufig unser Blut und da ist eine zeitweise Reinigung des Blutes nötig, damit es rascher durch die Arterien treibt; dadurch verbrennen die schlechtesten Stoffe und scheiden aus! Es schadet nichts, wenn man der Natur mit Maß und Ziel hier und da einmal einen kleinen Stoß versetzt. Dieser Mann aber hat seinen Schlund mehr geachtet als seinen Magen und dadurch seinen Ruin herbeigeführt. Wir Ärzte haben die Aufgabe, immer nach den Ursachen zu sehen, wie sich ein Lebel entwickelt. Dieses Lebel zu beseitigen, ist eigentlich die höhere Kunst. Aristoteles sagte einmal: „Die menschliche Gesellschaft sei organisiert wie der Mensch.“ Nun betrachten Sie den Menschen! Der Mensch ist ein aus Organen zusammengesetztes Wesen. Jedes Organ verrichtet eine bestimmte Tätigkeit und nur durch das harmonische Zusammenwirken unserer Organe ist unser Leben möglich, d. h. im gesundheitlichen Sinne; aber vom Magen sind alle Organe abhängig. Der Magen ist der Ofen des Menschen, aber ein lebendiger Ofen, der gebieterisch sein Recht fordert. Der Magen zwingt den Menschen der Eiszeit, sich Schutz und Nahrung zu suchen. Der Magen erblickt erst das Licht des menschlichen Geistes, kurz, im Magen verlorpert sich ein Stück Weltgeschichte. Es gibt Menschen, die aus Religion ihren Magen verkümmern lassen, natürlich zum eigenen Schaden, denn ich versichere Sie, der Magen ist ein ganz materielles Ding und läßt sich nur materiell befriedigen, einerlei, ob das Materielle von oben oder von unten kommt. Man sagt gewöhnlich, der Kampf des Einzelnen sei ein Kampf ums Dasein, jeder kämpft zunächst für seinen Magen. Ein russischer Schriftsteller hat einmal den Magen mit einer Müllkiste verglichen, was meiner Ansicht nach sehr guttrefend ist. Wer hätte wohl mehr Gelegenheit, als wir Ärzte, die Leiden der Menschheit zu sehen und zu studieren. Auf der einen Seite Krankheit aus Ueberernährung, auf der an-

Die beliebtesten Amtspersonen. In Baden sind gegenwärtig 169 Gerichtsvollzieher tätig. Auf Freiburg entfallen 12, Heidelberg 10, Karlsruhe 19, Mannheim 30 und Pforzheim 10 der genannten Beamten.

Die badischen Hochschulen weisen im Wintersemester 1907/08 folgende Frequenz auf: Universität Heidelberg: 1676 Studierende, darunter 694 Badener und 141 Hörer; Universität Freiburg: 1814 Studierende, darunter 723 Badener und 118 Hospitanten; Technische Hochschule Karlsruhe: 1283 Studierende, darunter 401 Badener, 69 Hospitanten und 149 Teilnehmer.

Landtagsersatzwahl in Schopfheim-Schönau.

Zur Aufstellung der Kandidatur Oswald schreibt man uns: Was noch vor wenigen Tagen für unwahrscheinlich gehalten wurde, ist nun vollendete Tatsache. Der heilige Wunsch des Zentrums, eine konservativ-bünderlich-meritale Kandidatur zustande zu bringen, hat sich erfüllt. Durch die pfiffige Taktik des Zentrums sind nun die Liberalen in eine wenig beneidenswerte Lage gebracht, denn das Zustandekommen dieser Kandidatur bedeutet nichts mehr und nichts weniger als den Anfang vom Ende der nationalliberalen Herrlichkeit auch in einer den Nationalliberalen bisher sichersten Hochburg. Der Umstand, daß es dem Zentrum gelungen ist, einen Teil der evangelischen Landbevölkerung unter falscher Adresse für seine parteigegensätzliche Zwecke dienstbar zu machen, müßte eigentlich den Herren Liberalen Veranlassung sein, nachzudenken über die Ursachen und Gründe dieser Erscheinung. Allein das Vuhlen um die Gunst der Regierung trübt den politischen Blick auch des angeblich verjüngten Liberalismus. Volksworte werden mit Lügen getrieben, wenn dafür die Genugtuung winkt, an der Regierungssonne sich erwärmen zu dürfen. Die Leitung des Zentrums hat bereits die Parole ausgegeben, sämtliche Stimmen auf den bünderlichen Kandidaten zu vereinigen, einigermassen neugierig darf man sein, ob die katholischen Industriearbeiter des hinteren Wiesentals die ihnen zugebachte Rolle übernehmen wollen, durch ihre Stimme eine Partei zu unterstützen, die den Lebensmittelpuffer auf ihre Fahne geschrieben hat.

Selbstverständlich werden im bevorstehenden lebhaften Wahlkampf auch die Sozialdemokraten sich nicht auf die Bärenhaut legen. Für sie kandidiert Genosse Adolf Müller-Schopfheim. Mit Feuertreue sind in allen in Betracht kommenden Orten die Genossen an der Arbeit, um der Partei einen ehrenvollen Erfolg zu sichern. Der 30. Januar wird den Beweis erbringen, daß auch im Wahlkreis Schopfheim-Schönau die Sozialdemokratie auf dem Vormarsch begriffen ist.

Am Sonntag kommt der Generallittimus Wacker in höchst eigener Person in den Kreis und spricht in Versammlungen in Zell und Schönau.

Der „Freiburger Bote“ hat die Kühnheit, zu behaupten, es sei Wahlschwindel, wenn gesagt wird, daß die konservativen Bauernbündler erst auf die Aufforderung von Wacker einen Kandidaten aufgestellt hätten. Wie kommt es denn, daß der konservative Kandidat von Zentrumsquadren vor wenigen Tagen noch bei den Liberalen weilt? Es sind wirklich Charakterhelden, diese Konservativen.

Badischer Landtag.

Zweite Kammer.

Karlsruhe, 10. Jan.

In der Budgetkommission

wurde gestern das Budget für Gewerbeaufsicht und Durchführung der sozialen Gesetze beraten und genehmigt.

Das Personal der Fabrikinspektion wurde vermehrt und zwar sind im neuen Budget mehr ange-

- Schippel. - Sozialistische Bewegung von Dr. J. Bloch. - Frauenbewegung von Wally Repler. - Psychologie von Dr. D. Livmann. - Sozialwissenschaften von Dr. Conrad Schmidt. Musik von Dr. J. Leichtenritt. - Aufstiegsbewegung von Joseph Aug. Lux. - Buchbesprechungen. - Als künstlerische Beigabe bringt das Heft ein von John Dexter gezeichnetes Portrait E. A. Hoffmanns. - Der Preis des Heftes beträgt 50 Pfg., pro Quartal (6-7 Hefte) 3 M. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, bei allen Kolporturen, in den Kiosken, auf jeder Postanstalt, sowie direkt vom „Verlag der Sozialistischen Monatshefte“, Potsdamerstr. 121 h, Berlin W 35. Zustellung unter Kreuzband oder in geschlossener Kover. Probehefte stehen auf Verlangen jederzeit unentgeltlich zur Verfügung.

„Gleichheit“ (Nr. 1): Unsere Lösung - Träger Jahresanfang. Von Louise Rieg. - Schulweisung. Von Mathilde Bäum. - Eine bittere Enttäuschung. Von Gustav Hoch. - Die Frage der Frauenorganisation vor dem niederösterreichischen sozialdemokratischen Parteitag. Von Adelheid Bopp. - Deutschland im Jahre 1907. Von H. B. - Sozialistische Berichte. VI. Von Dr. Jabel. - Zentralratsmacherverband und Arbeiterinnenklub. Von W. D. - Kommunale Eheinzelnote der Frauen in Thüringen. Von A. Wandert. - Das Schreibmaschinenfräulein von E. B. - Für unsere Mütter und Hausfrauen: Neujahrsgloden. Von Contr. Ferd. Meyer. (Gebicht). - Das Buch vom Kinde. Von Wally Repler. - Der Zukunft Krone. Von Flora Müller. (Gebicht). - Der Schlaf. Von Dr. Ch. - Konsumtentumult von K. D. - Adagio. Von Ferdinand v. Saar. (Gebicht). - Die Mutter als Erzieherin. Von h. a. h.

Aus den Witzblättern.

„Jugend“.

Kindermund. Der Religionslehrer fragt in der Volksschule das kleine Lieschen, was Abraham wohl gedacht habe, als der liebe Gott von ihm verlangte, er solle seinen Sohn Isaac opfern. Schlagfertig erwiderte die Getragte: „Ist er wohl verzerrt geworden?“

Aus der Gesellschaft. „Die Silvesternacht bringe ich immer äußerst lustig! Da ist mein Mann und ich die Neujahrswünsche, die uns e. Diefenanten schicken, und da lächeln wir uns regelmäßig halb krank!“

Gummi des Auslandes. „Ne, ich danke, überaus! Der Mensch einen hochbeladenen Heuwagen und wird auch noch freigegeben? Well, er konnte aber auch nachsehen, daß zwischen ihm und dem Führer gerade eine Fissur mit neu modernem Putz stand!“

fordert 1 wissenschaftlich gebildeter und 3 technisch gebildete Hilfsarbeiter, sowie 2 Aktuar und 2 Maschinen-schreiberinnen. Für die nächsten Jahre ist eine weitere Vermehrung des Personals dieser Institution in Aussicht genommen. Beim Kapitel Arbeiterversicherung wird aus der Mitte der Kommission dem Wünsche Ausdruck gegeben, die Regierung möge bei einer etwaigen Revision der Versicherungsgeetze darauf hinwirken, daß für die richterlichen Beamten der Schiedsgerichte die richterliche Unabhängigkeit geschaffen wird.

Bei Titel XIV Landesstatistik wird angefragt, ob mit dem gegenwärtigen Personal das gesammelte statistische Material rechtzeitig aufgearbeitet werden könne. Die Regierung bejaht diese Frage. Wenn bisher dieses Ziel nicht immer erreicht wurde, so lag das nicht an einem zahlenmäßigen Mangel des Personals, sondern an der inneren Diensteinrichtung, die neuerdings eine Veränderung erfahren habe. Für das laufende Budget ist ein neuer Beamter (Bureauassistent) angefordert. Im Kapitel Landesgewerbeamt sind 15 000 Mark für die Förderung der Handwerker-genossenschaften angefordert. Es hat sich in Baden ein Genossenschaftsverband der Handwerker gegründet, der durch staatliche Mittel unterstützt werden soll und zwar auf dem Gebiete der inneren Einrichtung des Genossenschaftsverbandes und für die genossenschaftliche Ausbildung. Der Gewährung von Darlehen an diesen Genossenschaftsverband steht die Regierung ablehnend gegenüber.

Beim Kapitel Gewerbeschulen wird aus der Mitte der Kommission angefragt, warum nach der neuen Verordnung über die Zusammensetzung des örtlichen Gewerbeschulrats die Geistlichen demselben nicht mehr angehören. Nach Mitteilungen der Regierung ist dies auf Beschluß des Landesgewerbeamts zurückzuführen. Geistliche können künftig nur durch Ortsstatut zu Mitgliedern des örtlichen Gewerbeschulrats ernannt werden.

Bei den privaten Handelsschulen haben sich nach einer von der Regierung veranstalteten Enquete Mängel ergeben, doch seien die Erwerbungen darüber, auf welche Weise diese Schäden beseitigt werden können, noch nicht abgeschlossen.

Für die geplante neue Landesgewerbehalle hat sich die Regierung für den Platz zwischen der Weierheimer Allee und der Festhalle in Karlsruhe entschieden. Da dieser Platz erst mit der Verlegung des Karlsruher Personenbahnhofs frei wird, können die erforderlichen Mittel zu einem Neubau erst in einem späteren Budget angefordert werden. Die Stadt Karlsruhe plant auf demselben Platze die Erstellung eines Kunstausstellungsgebäudes.

Mit den gestern durchberathenen Titeln ist die erste Lesung des Budgets des Innern beendet.

Deutscher Reichstag.

(75. Sitzung.)

* Berlin, 9. Jan.

Eingegangen ist die Interpellation Wehrens und Genossen (Christl.-sozial) sowie die Interpellation Albrecht und Gen. (Soz.) betreffend Reform des Knappschaftswesens.

Am Bundesratsstische: v. Bethmann-Hollweg.

Auf der Tagesordnung steht die erste Lesung der Novelle zum Unterstützungs- und Wohnstättengesetz.

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg erklärt, die Novelle hat denselben Wortlaut, wie die schon im Jahre 1905 vorgelegt gewesene. Die verbündeten Regierungen sind auch jetzt noch wie früher der Ansicht, daß es durchaus notwendig sei, die Abwanderungsgemeinden in ihrer Armen-Unterstützungspflicht zu entlasten. Zu den §§ 11 und 28 hatte die Kommission damals einige Zusätze beschlossen, denen zufolge die Wanderarbeitssstätten und die Arbeitskolonien den anderen im § 11 genannten Wohnstätten, Heilstätten usw. gleichgestellt werden sollten. Die verbündeten Regierungen hielten diese Zusätze für unbedenklich, weil schon nach der Rechtsprechung die Wanderarbeitssstätten den anderen im § 11 genannten gleichgestellt sind. - Zu §§ 14 und 27 ferner hatte die Kommission bezüglich der Frist für Erwerb und Verlust des Unterstützungswohnsitzes beschlossen, diese Frist solle ruhen für den Fall, daß Angehörige von Familienhäuptern von anderen als von der Gemeinde des Unterstützungswohnsitzes unterrichtet werden. Auch dieser Anregung ist in der jetzigen Novelle nicht Folge gegeben, hauptsächlich, weil kein Bedürfnis dafür vorhanden erscheint. Endlich hatte im § 29 die Kommission die Haftung der Arbeitsgemeinde abgeschwächt. Auch dem haben die Regierungen sich nicht anschließen zu sollen gemeint.

Abg. Camp (Rp.) erklärt: Wir stehen der Vorlage sympathisch gegenüber, vor allem also der Herabsetzung der Altersgrenze, auch der Frist für Erwerb des Unterstützungswohnsitzes und der Arbeitsgemeinde. Nach dem Gesetz soll aber der Beschäftigungsort des Arbeiters auch für die Familien haften. Das ist ein Übel und das gleiche gilt auch in dem Verhältnis zwischen den großen Städten und ihren Vororten.

Abg. Herold (Zentr.) heißt die Vorlage gleichfalls willkommen, findet es aber ebenso wie der Vorredner bedenklich, Arbeitswohngemeinden auch für die ganz wo anders wohnhaften Familienmitglieder haften zu lassen. Man solle erwägen, ob da nicht das Wichtigste sei, größere Armenunterstützungszweckverbände zu schaffen.

Abg. von Brockhausen (kons.) kann dem Abg. Camp und den Vorrednern darin nur recht geben, daß die Novelle im § 25 die Arbeits- resp. Dienstwohngemeinde doch zu sehr belaste, wenn sie ihr auch die Unterstützung der außerhalb wohnenden Familienangehörigen auferlege. Es sei zu bedauern, daß die Regierungen die Abänderungsvorschläge der Kommission von 1905/06 nicht genug geprüft haben. Redner regt dann noch die Ausdehnung des Unterstützungswohnsitzes auch auf Elbst-Adoptingen an.

Obg. Oberregierungsrat Dallen erklärt, die elbst-Adoptingische Regierung sei im Prinzip mit diesem Verlangen einverstanden. Sie sei auch bereit, in Vorarbeiten darüber einzutreten.

Abg. Forstmeier (natl.) erklärt, seine Freunde erkennen den Gedanken des Gesetzes als richtig an, ebenso wie die Abfözung der Altersgrenze und der Frist für Erwerb des Unterstützungswohnsitzes geeignet wäre, den erstrebten Zweck zu erreichen. Mit der Begründung des Gesetzes seien sie allerdings nicht recht einverstanden. Wir werden den § 1 der Novelle annehmen, dagegen müssen wir entschieden der neuen Fassung des § 29 widersprechen, der Belastung der Arbeitsgemeinde auch mit den Unterstütmungszweckverbänden wohnende Familienangehörige von

Arbeitsern. In der Kommission wird hoffentlich der § 29 wieder eine andere Fassung erhalten.

Abg. Raben (Soz.):

Es verlaute, daß die Vorlage erst dem Deutschen Landwirtschaftsrat vorgelegen hat, ehe sie in den Reichstag kam. Demgegenüber möchte ich fragen, ob man denn auch den Verein für Armenpflege und Wohltätigkeit einmal gefragt hat. Ich glaube es nicht. Es gilt für unsere Regierung eben nur die Landwirtschaft, Industrie und anderes wird übergegangen. Das jetzige Unterstützungswohnsitzgesetz hat geradezu schreckliche Folgen gehabt und durch die Novelle werden diese Folgen nur noch vermehrt. (Anruhe rechts.) Das Gesetz ist ein durch und durch agrarisches Gesetz. Das geht schon daraus hervor, daß man es dem Landwirtschaftsrat vorgelegt hat. Durch das Gesetz wird wieder einmal die größte Ungleichheit zugunsten der Agrarier geschaffen. Uns geht der Gesetzentwurf nicht weit genug, aber von anderen Gesichtspunkten aus, als ihn die Herren von der Rechten vertreten. Der Gesetzentwurf ist eine Mißarbeit. Es werden die Interessen der Armen viel zu wenig berücksichtigt. Das Gesetz hat die vorliegende Fassung im Interesse der Agrarier deshalb bekommen, weil man die Abwanderung verhindern will; denn sie resultierte aus unseren staatlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen, vornehmlich aus dem Militarismus. Die dem Lande entzogenen Soldaten kehren sicher nicht wieder auf das Land zurück. Sie brauchen während ihrer Militärzeit nicht einmal in der „Ableerilla“ verkehrt zu haben. Will man die Landgemeinden entlasten, so gibt es ein sehr einfaches Mittel, das wir Sozialdemokraten schon seit langem vertreten: die Armenlasten müssen vom Staat übernommen werden. Dann werden auch die brutalen Vergewaltigungen der Armen aufhören, dann werden namentlich die Abhiebungen der armen Beschloßen beseitigt werden. In der Abhiebungen sind nicht etwa nur die ländlichen Gemeinden groß, auch die großen Städte verfahren sich ganz famos darauf. Durch das Gesetz haben unter den Augen der Behörde die schrecklichsten Brutalitäten stattgefunden. Die Abhiebungen werden nicht eher aufhören, bis man nicht Strafen dagegen einführt und das tut das vorliegende Gesetz nicht. Wie die Zustände jetzt sind, werden die Familien geradezu ruiniert; denn sowie ein Arbeiter eine größere Familie hat, sucht man ihn möglichst weit aus den Ortshäfen herauszuwerfen. Neben behandelt ausschließlich einen Fall, wo eine alte Frau, die fünf Söhne zum Militär entfand und vergeblich um die Freilassung des fünften petitioniert hat, von der Stadt Mülheim a. d. Ruhr auf die Straße gesetzt worden ist, um der Notwendigkeit zu entgehen, die Frau zu unterhalten. Diesem willkürlichen Abhieben muß ein Ende gemacht werden, denn nicht der Geldsak, sondern das menschliche Gefühl muß entscheidend sein. Die jetzige Organisation der Armenverbände macht jede sachgemäße Ordnung der Unterstützungsplikt unmöglich. Die kleinen Gemeinden können eben gar nicht die Forderungen des Gesetzes erfüllen und deshalb müssen sie es umgehen. Nach dem heutigen Gesetz, und deshalb auch trotz der Novelle, kann der Arme, der, um seinen Hunger zu stillen, sich ein Stück Brot bestellt, bestraft, oder in eine Korrekionsanstalt gesteckt werden. Es heißt doch in der Bibel - und Sie auf der Rechten wollen die Bibel ja genau kennen - : Wäch dem Hungrigen dein Brot! Nach diesem Grundsatz handeln Sie aber nicht, wenn Sie solche Gesetze machen und auf Grund solcher Gesetze die armen Bettler vor Gericht gestellt werden. Der Staatsanwalt beantragt hohe Strafen. Der Staatsanwalt will doch auch Christ sein. Ich meine, wenn Christus wiederkehrte und das sähe, er würde Sie (nach rechts) alle zum Teufel jagen. (Heiterkeit.) Wir ist ein Fall bekannt, daß man einen alten Mann beim Betteln ergriff und ihn in eine Zelle warf. Als man am anderen Morgen die Zelle öffnete, war der arme Teufel tot - er war verhungert. Aus seinen Papieren entnahm man, daß er ein alter Krieger war. Der Kriegerverein begleitete dann die Leiche zu Grabe und gab feierlich eine Salve über das Grab ab. Ich meine, es wäre würdiger gewesen, man hätte dem Armen Brot gegeben. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten. Als Redner im weiteren Verlauf seiner Rede eingehend Kritik an der Steuererhebung übt, unterbricht ihn der Vizepräsident Rämpf und macht ihn darauf aufmerksam, daß die Novelle zum Unterstützungswohnsitz zur Beratung stehe.) Die Arbeiter und die Armen wollen kein Liebeswerk haben, sie wollen nicht von der privaten Fürsorge abhängig sein; sie wollen Rechte haben, und es ist Pflicht des Staates, daß er für sie sorgt. Die Armen werden von Ihnen (zur Rechten) Rababunden genannt, sind es aber in Wirklichkeit nicht. Sie sind das Opfer der Gesellschaftsordnung, des Kapitalismus, und wenn Sie diesen Opfern helfen wollen, dann müssen Sie einen ganz anderen Gesetzentwurf machen. In diesem Entwurf ist von Menschlichkeit zu fühlen nichts zu merken. Er hat lediglich das materielle Interesse im Auge. Das Abhieben und das Gefängnis wird den Armen nach wie vor drohen. Die vorgeschlagenen Änderungen haben auf Recht und Gerechtigkeit keinen Anspruch. Sie sind ein Hohm auf unsere so viel gerühmte Sozialpolitik. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Ablass (fr. Rp.) polemisiert gegen den Abgeordneten Raben. Zur Sache gibt Redner allen denen, die über die Landflucht klagen, zu erwägen, daß diejenigen, die vom Lande in die Stadt ziehen, noch wenigstens im Gegensatz zu den Auswanderern ihre Arbeitskraft dem eigenen Lande erhalten. Der Kern der Vorlage sei die Herabsetzung der Frist, nach deren Ablauf die Unterstützungsplikt von der Heimatgemeinde auf die Wohnstätt- und die Arbeitsgemeinde übergeht, von 2 auf 1 Jahr und die Altersgrenze von 18 auf 16 Jahre. Er glaubt aber nicht, daß man schon nach einjährigem Aufenthalt in einem anderen Orte voraussetzen könne, der Betroffene werde nicht mehr in die Heimat zurückkehren. Das Wichtigste sei die Schaffung von Gesamt-Armenverbänden, wie sie auch Graf Posadowski im Jahre 1906 empfohlen habe. Ueberaus dürftig sei die Motivierung der Herabsetzung der Altersgrenze. So wie das Gesetz vorliege, sei es rein agrarisch und verlege die Grundläse der Gerechtigkeit.

Abg. Herzog (w. Rp.) widerspricht der Auffassung, daß der Entwurf agrarisch sei. Er wolle vielmehr nur Mängel, die die Landflucht zur Folge haben, abhelfen. Sowohl die Herabsetzung der Altersgrenze für Erwerb des Unterstützungswohnsitzes wie auch die stärkere Belastung der Arbeitsgemeinden seien zu billigen. Nur gegen die Fristverlängerung im § 1 hege er Bedenken.

Abg. Breisig (Soz.) sieht in dem Gesetze eine Abfölagszahlung für die ländlichen Gemeinden, bemängelt aber noch einige Einzelheiten.

Abg. Mommsen (fr. Rp.) erklärt, es handle sich hier nur um eine Gelegenheitsgesetzgebung zugunsten einzelner Gebiete. Von einer grundlegenden Reform ist hier nicht die Rede.

Abg. Stern (südd. Rp.) erklärt für dringend notwendig, an

und 608 nicht angeschlossen sind. Laut Ausweis des Rechenschaftsberichtes der Großeinkaufsgesellschaft stimmt dies nicht, denn es sind 448 Konsumvereine, die Mitglied der Großeinkaufsgesellschaft sind und im ganzen Kauf von der Großeinkaufsgesellschaft 1409 Vereine mit einem Umsatz von über 46 Millionen Mark. Herr Bob verschweigt dabei wissentlich, daß die nichtangeschlossenen Vereine aus irgendwelchen Gründen nicht Mitglied der Großeinkaufsgesellschaft sind, aber den hauptsächlichsten Bedarf trotzdem bei ihr decken. Zum Beweis seiner Behauptung führt er auch in der Nähe Willingens gelegene Vereine an. Hierzu ist zu bemerken, daß es auch Vereine gibt, die von der Großeinkaufsgesellschaft je nach Lage der Sache gar nicht aufgenommen werden können. Wenn Herr Schöllhorn meint, wenn die „Rote von 16 Mann“ sich einen Verein gründen wolle, so würde sich schon im ersten Jahre die Bilanz eines Konsumvereins Karlsruhe oder Pforzheim zeigen, so ist dies doch eine sehr starke Behauptung. Wir meinen im Gegenteil, daß dies bei dem „Genossenschaftler“ Herrn Schöllhorn und seinen Leuten eher zutreffen kann, als bei der Rote, das geht ja auch aus der ganzen Art und Weise seiner Verteidigung hervor. Wenn er sagt, es sei nur zu greifbar, daß die Sozialdemokratie Politik in die Konsumvereine trägt, so will Herr Schöllhorn wahrscheinlich nur damit sagen, daß alle Ansichten, die ihm nicht genehm sind, „sozialdemokratische Mache“ sind. Er vergißt dabei, daß es keine „sozialdemokratischen“ Waren, „sozialdemokratischen“ Reis usw. gibt, wohl aber Personen, die im Genossenschaftswesen tätig sind, im politischen Leben Sozialdemokraten sind. Es ist doch schließlich jedermanns eigene Sache, welcher politischen Anschauung er ist, ebensowenig man es Herrn Schöllhorn verübeln, wenn er bei besonderen patriotischen Gelegenheiten mit Schärfe, Zylinder und Vereinsfahne im Paradeschritt gegen Karlsruhe wandert und sich für den am selben Tage stattfindenden Einkaufstag wegen „Anbeter“ entschuldigen läßt. Jeder betätigt sich eben in der Politik, soweit sein Verständnis reicht. Wie es in Nummer 295 des „Volkstribun“ heißt, soll dieses Frühjahr der Verbandstag süddeutscher Konsumvereine in Willingen stattfinden und würde es vielleicht empfehlenswert sein, wenn sich die Genossenschaftler, die Sozialdemokraten sind, die Sache nochmals überlegen und lieber nicht nach Willingen gehen, um nicht vom Matador der Politik des Schädelhauens belästigt zu werden.

Das Vorgehen der Herren Bob und Schöllhorn ist zu plump und durchsichtig und müssen wir es natürlich der Einsicht der Mitglieder als ihr ureigenes Recht überlassen, dazu bei Gelegenheit Stellung zu nehmen.

Einer von der „Rote“.

Badische Chronik.

Durlach.

9. Januar.

Die Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins findet am 12. Januar, nachmittags 2 Uhr, im „Schwanen“ statt. Der Ausschuss ersucht die Genossen, die Monatsbeiträge zu begleichen und die Bücher der Bibliothek abzuliefern. Wegen wichtiger Tagesordnung ist das Erscheinen aller Mitglieder erforderlich.

Freiburg.

9. Januar.

„Christen“. Wie i. Z. auch im „Volkstribun“ gemeldet wurde, haben bei der Weihnachtsfeier der Bäcker zwei Personen, die nicht dem Verband angehören, einen Streit provoziert, der ein schlimmes Ende nahm. Nun werden solche Dinge sicherlich von niemand schärfer beurteilt, als von uns. Der christliche Bäckerverband hatte nun nichts Besseres zu tun, als in einer weitläufigen Erklärung bekannt zu geben, daß es nicht ihr Verband, sondern der sozialdemokratische gewesen sei, trotzdem niemand etwas derartiges behauptet hatte.

Nicht genug an dieser bubenhaften Niedertracht, scheuen sich diese „Christen“ nicht, Sünden, die ihnen vorkommen, andern in die Schuhe zu schieben. So hat sich bei der Weihnachtsfeier des katholischen Arbeitervereins ein Losverkäufer eine Unterschlagung von 40 Mk. zu schulden kommen lassen, jetzt bringen es einige von diesen Leuten fertig, in der Stadt auszusprechen, diese Unterschlagung sei beim sozialdemokratischen Verein vorgekommen. Andere gehen noch einen Schritt weiter und behaupten frischweg, es hätte sich ein Sozialdemokrat bei ihnen eingeschlichen und die Unterschlagung ausgeführt. Diese Redensarten sind eben so dumm, wie gemein; dumm deshalb, weil doch nicht anzunehmen ist, daß man im katholischen Arbeiterverein Leute mit dem Verlaß von Losen betraut, die man nicht kennt, gemein deshalb, weil diese Leute ganz gut wissen, daß es nicht wahr ist.

Der Herr Pfarrer und die Arbeiterfrau. Daß die rührige Tätigkeit der sozialdemokratischen Partei im 5. Wahlkreis den Herren vom Zentrum auf die Nerven geschlagen hat, beweist der Artikel in dem Badischen Zentrumsblattchen. Nun sucht auch der Herr Pfarrer von St. Georgen sein Mühschen an den dort anhängigen Parteigenossen zu kühlen. So fand am Freitag den 22. Dezember in der Kinderschule eine Weihnachtsfeier mit Theater statt, zu dem auch die Eltern der Kinder eingeladen waren. Der Saal war um die angelegte Zeit gefüllt, so daß kein leeres Plätzchen mehr zu finden war. Als nun Hochwürden kam und sah, daß für die in St. Georgen anhängige Generalfamilie keine Plätze reserviert waren, war beim Herrn Pfarrer die „christliche“ Sanftmütigkeit vorüber und sagte: „Das ist eine Rücksichtslosigkeit, sondern dergleichen, hier müssen die Plätze freibleiben!“ Die Frauen mußten nun für die hohen Herrschaften Platz machen und stehend die Kinder auf die Arme nehmen. Eine Frau jedoch, deren Mädchen am Theater mitwirkte und deren Mann als Parteigenosse bekannt ist, wählte sich eine solche Herabwürdigung nicht so ohne weiteres gefallen lassen und setzte sich des näheren über die Platzfrage mit Hochwürden auseinander. Als er nun erfuhr, welche Frau er vor sich hatte, kam er zu der Bemerkung: „Ach, Sie sind die Frau S., wenn ich das gewußt hätte, hätte ich mit Ihnen überhaupt nicht gesprochen, denn mit solch einer Frau spreche ich nicht, Sie gehören ja auch zu dieser Sorte!“

Mit Verlaß, Herr Pfarrer, eine solche Frau wird von der Sorte, der ihr Mann politisch angehört, ja hoch eingeschätzt als eine Generalfrau, und solche Frauen und die Sorte ist nicht gewillt, sich von Hochwürden anpöbeln zu lassen, auch wissen solche Frauen und die Sorte, wer ihnen das Brot verteuert hat und es wird in nächster Zeit die Sorte wiederum eine Versammlung

haben, dann ist Herr Pfarrer freundlichst eingeladen, den Standpunkt seiner Sorte zu der Brotverteuern zu verteidigen.

Am Samstag findet hier eine Städtevertreterkonferenz statt.

Der Ordinarius und Direktor des pharmakologischen Instituts an unserer Hochschule, Professor Dr. Walther Straub, hat den Ruf an die Universität Berlin abgelehnt.

Untergrumbach, 8. Jan. Für Wahrheit, Freiheit und Recht! Weß Geistes Kinder meistens die Gegner der Sozialdemokratie sind, beweist folgender Vorfall beim Schöffengericht in Bruchsal: In der Nummer 292 des „Volkstribun“ berichteten wir von einer hier vorgekommenen rohen Mißhandlung eines jungen Menschen. Der Täter ist der als eifriger Zentrumsmannt bekannte Zigarrenfabrikant Johannes Geßler II, welcher dem Kläger seine „christliche Liebe“ mit einem Prügel zu kosten gab. Der Mißhandelte und sein Zeuge sind Mitglieder des hiesigen Arbeitergesangsvereins „Bruderverbund“. Bei der Verhandlung des Falles vor dem Schöffengericht glaubte der angeklagte fromme Ultra beim Gerichtshof damit Einbruch zu machen, daß er zu dem Vorsitzenden Herrn Amtsrichter Kochlin sagte: „Ich möchte noch darauf aufmerksam machen, daß der Kläger und sein Zeuge Sozialdemokraten sind.“ Der Amtsrichter erwiderte ihm aber, daß dies bei der Beurteilung des Deliktes nicht in Betracht kommen könne. Es erfolgte dann die Beurteilung des Prügelhelden.

Jedes Wort der Kritik würde die in obiger Bemerkung zum Ausdruck gebrachte niedrige Zentrumsgefinnung hinsichtlich der Behandlung eines politischen Gegners nur abschwächen, wir beschränken uns daher auf das Niedriger hängen.

Kappelrodt, 9. Jan. Infolge eines unheilbaren Leidens hat sich der 50 Jahre alte verheiratete August Königler erhängt. * Waldkirch, 7. Jan. Ultramontane „Toleranz“. Dieser Tage starb der katholische Proletarier Wilh. Schill und wurde am Montag, 6. d. M. beerdigt. Allgemeine Verwunderung erregte es, als der protestantische Geistliche, Herr Stadtpfarrer Kühner die Beerdigung vornahm, allgemeine Entrüstung aber, als am Ende der Leichenpredigt der Geistliche ungefähr ausführte: „Ich fühle mich verpflichtet, zu sagen, daß ich eigentlich nicht dazu berufen bin, den verstorbenen katholischen Mißbruder zu beerdigen; jedoch hat sich die katholische Kirche behörde geweigert, die Beerdigung vorzunehmen. Aus Liebe zu der Frau und den Kindern, die evangelisch sind, aus Liebe zu meinen Mitmenschen, aus Liebe zu Jesus Christus habe ich mich aber gerne dazu bereit erklärt.“

Früher hat die katholische Kirche die „Keyer“ verbrennt; heute betätigt sie auf andere Art die „christliche“ Nächstenliebe in ihrem Sinn.

Waldkirch, 9. Jan. Seit mehreren Tagen wird der 64jährige Knabe Eugen Seemann, Sohn des Maschinenführers Seemann hier, vermisst.

Randorf, 9. Jan. Seit gestern Morgen herrscht im südlichen Schwarzwald anhaltender Schneesturm. In St. Blasien wurde beim Absteigen der 17 Jahre alte Josef Kailer so heftig an einen Baum geschleudert, daß er schwere Verletzungen erlitt, denen er erlag.

Grafenhausen, 9. Jan. Nach dem Genuß von Christbaumkonfekt sind die zwei Knaben des Wahnarbeiters Geppert im Alter von zwei und fünf Jahren an Vergiftungs-Erscheinungen erkrankt. Beide sind nun gestorben.

Konstanz, 9. Jan. Die dichten Nebel, die sich am Seeufer in den letzten Tagen zeigten, sind verschwunden.

Aus der Residenz.

* Karlsruhe, 10. Jan.

Das Badische Tuberkulose-Museum

Ist jetzt in Mannheim im östlichen Anbau der städtischen Kunsthalle an jedem Sonntag von 11 bis 1 Uhr und je nach Bedarf an Wochentagen unentgeltlich zu besichtigen. Am Samstag Nachmittag erfolgt die Eröffnung. Es besteht die Absicht, in der ersten Woche nach der Eröffnung das Museum dem Publikum täglich zugänglich zu machen.

Und eine solche Einrichtung fand in Karlsruhe kein Heim!

Die Feste der Arbeiter.

Im „Schwäbischen Merkur“ schreibt Herr Ammon:

Im Feuilleton der Nummer 3 des „Volkstribun“ (man muß auch in das Feuilleton einen Blick werfen!) steht ein noch Schema 7 verfertigter Artikel über „die Feste der Arbeiter“. Darin wird ausgeführt, die Bourgeois hätten ein klugvolles Orchester, während der Arbeiterverein sich mit der höchst bescheidenen Dilettantenkapelle begnügen müsse. Statt der ersten Sänger habe er einen „Vereinsverführer“ Coupletfänger anzuhören usw. usw.! Das wird gedruckt in Karlsruhe, wo die ersten Sangeskräfte sich seit Jahren des Volksbildungsvereins uneigennützig zu Konzerten zur Verfügung gestellt haben, wo das Hoftheater dem Verein Sondervorstellungen bietet, zu denen sonst niemand Zutritt hat, wo die hervorragenden Lehrer der Technischen Hochschule den Arbeitern wissenschaftliche Vorträge halten und Exkursionen mit ihnen veranstalten. „Power sind ja meist auch die Vorträge“, lautet die Antwort. Die Personen, die sich ohne Nebengedanken der Volksbelehrung widmen, erwarten keinen Dank, aber eine solche Ignorierung kann ihnen zu denken geben. Wenn doch alle Mähe umsonst ist, kann man sie sparen, dieser Schluß liegt nicht so fern; vielleicht bringt sie der „Volkstribun“ noch darauf, der so geschickt die Arbeiterinteressen (!) vertritt.

Merkwürdig, wie wenig logisch der sonst so gewandte Journalist Ammon den in unserem Samstags-Feuilleton geäußerten Gedankengängen des Verfassers jenes Artikels gegenübersteht. Wir streifen nicht im geringsten, daß in Karlsruhe für die Bildung des Volkes viel getan wird. Der „Volkstribun“ hat noch nie mit der Anerkennung zurückgehalten, wenn Hochschullehrer und andere Versuche sich uneigennützig in den Dienst der Volksbildung gestellt haben. Bezüglich der Sondervorstellungen im Hoftheater beklagen wir, daß zu wenige Volksvorstellungen gegeben werden, zumal ein städtisches Theater nicht existiert und die Eintrittspreise für die sonstigen Vorstellungen des Hoftheaters für einen Arbeiter zu hoch sind.

Was in unserem Artikel gesagt ist, trifft auch nicht jene Veranstaltungen, von denen Herr Ammon spricht. Wir und mit uns der Verfasser, der Redakteur der Wiener „Arbeiterzeitung“ ist, hatten dabei jene Vergünstigungen unserer politischen und gewerkschaftlichen Organisationen im Auge, die ständig stattfinden und bei denen — leider — die geringsten Mängel

fast durchgängig zutreffen. Das bestätigen uns viele Vereinsfunktionäre, mit denen wir gelegentlich über dieses Thema sprachen. Und schließlich sei Herrn Ammon gesagt, daß die 16 000 Leser des „Volkstribun“ nicht sämtlich in Karlsruhe wohnen. Wir haben auch die Interessen der Nicht-Residenzler zu wahren.

Im Arbeiterdiskussionsklub

brach Prof. Boehltingk über den Staat. Seine Ausführungen haben in der Diskussion heftige Gegnerschaft gefunden. Mit Recht. Er sagte u. a.: Ein Mensch kann ohne Gemeinwesen, ohne Staat nicht leben, denn er ist hineingeboren. An einer Reihe geschichtlicher Beispiele zeigt er nun, daß bei der Gestaltung eines Staates vor allem seine Bodenbeschaffenheit in Betracht komme, ferner die Kulturhöhe der betreffenden Nationen. — Jeder Staat habe begonnen mit einem Nationalwesen, er sei aber nicht an die Nation gebunden. An der Hand der chinesischen Geschichte weist der Redner weiter darauf hin, daß der immerwährende Frieden ein Staatswesen zur Verflachung führe.

In der Diskussion wurde besonders auf Boehltingks Stellung zu Bismarck, dem Vater des Sozialistengesetzes, abgehoben. An ihr beteiligten sich vier Arbeiter und drei Akademiker. Die erörterten traten den letztgenannten Punkten energig entgegen. Auch die letzteren zeigten sich nicht blass und ganz m. dem im Vortrage Gesagten einverstanden.

Am nächsten Dienstag spricht Prof. Thoma über Kunstbetrachtungen.

Erhöhung des Zinsfußes bei der städtischen Sparkasse.

Der Stadtrat beantragt beim Bürgerausschuß die Zustimmung dafür, daß der Zinsfuß für alle Spareinlagen bei der städtischen Sparkasse mit Wirkung vom 1. Januar 1908 an auf 4 Prozent erhöht werde. Er sagt: Der vorstehende Antrag bedarf im Hinblick auf die gegenwärtigen außerordentlichen Verhältnisse des Geldmarktes sowie die scharfe Konkurrenz, welche der städtischen Sparkasse Karlsruhe in letzter Zeit durch mehrere benachbarten Sparkassen gemacht wird (es sei nur auf die Sparkassen von Durlach, Ettlingen, Malch und Bruchsal hingewiesen, die seit mehreren Wochen ihren Einlegern 4 Prozent Zins gewähren), keiner besonderen Begründung. Von Interesse dürfte für die Herren Mitglieder des Bürgerausschusses sein, daß das Mehr der Rückzahlungen gegenüber den Einlagen im Jahre 1907 bis 31. Dezember 793 248,54 Mark beträgt. Auch dieser Umstand läßt es geboten erscheinen, durch eine wiederholte Erhöhung des Zinsfußes wenn möglich eine weitere Zunahme des Geldabflusses hintanzuhalten. Daß auch die Einleger selbst eine Steigerung des Zinsfußes begehren, ist in den letzten Tagen in der Presse mehrfach zum Ausdruck gebracht worden.

Vielleicht auch in Karlsruhe angebracht.

Die gemeindlichen Kollegien Nürnbergs warfen eine Summe aus, aus der diejenigen Pflanzmütter, die die ihnen anvertrauten Kinder besonders gut pflegen, Prämien erhalten sollen.

Am Abwechslung

läßt es das Wetter nicht fehlen. Am Montag hatten wir noch ziemliche Kälte, am Dienstag und Mittwoch Tauwetter, verbunden mit Sturmwind, und seit heute Nacht schneit es so intensiv, daß heute Morgen der Schnee von den Trottoirs gefegt werden mußte. Der Wetterbericht sagt dazu noch: Ueber ganz Nordeuropa, den britischen Inseln und dem nordatlantischen Ozean ist das Barometer kräftig gestiegen und erreicht über Nord-Scandinavien und Lappland eine Intensität von mehr als 765 mm. Voraussichtlich Witterung: Triib, Niederstöße, kälter.

* Der zweite Hochschulvortrag über ausgewählte Kapitel aus der neueren Literaturgeschichte findet heute Abend im Hofsaal des Aulabaues, Eingang Schulstraße, statt. Beginn 8 1/2 Uhr.

* Steinarbeiter. Am kommenden Sonntag, 12. Januar, wird hier die Gaukonferenz abgehalten; dieselbe beginnt vormittags 10 Uhr in der Wirtschaft zur „Kronenhalle“, Kronenstraße.

* Die Petroleum- und Spiritusglühlichtausstellung wird am Montag geschlossen. Um noch möglichst vielen die Gelegenheit zu geben, die ausgestellten Lampen in ihrer Wirkungsweise kennen zu lernen, werden diese heute Freitag, 8-1/2 Uhr, abends, und Sonntag, 5-7 Uhr nachmittags, brennend gezeigt.

* Mithras. Die diesjährige Generalversammlung des Soz. Vereins findet am Sonntag, 19. Jan., vorm. halb 10 Uhr in der „Friedrichskrone“ statt. Wache es sich jeder Genosse zur Pflicht, zu erscheinen. Wir eruchen an dieser Stelle die Parteigenossen, die ausgelassenen Blätter bis dahin an den Bibliothekar abzuliefern.

— Gegenüber den Mitteilungen des städt. Tiefbauamtes an den Stadtrat über den Zustand der Forst und eines Teiles der Ernststr. möchten wir nochmals betonen, daß diese Klagen berechtigt waren, was die Wohnverhältnisse betrafen. Des Weiteren stellen wir fest, daß zwei Tage nach Erscheinen des Artikels genannte Straßenteile fast durcheinand mit Schottersteinen eingedeckt und jetzt, nachdem Faustweber eingetreten ist, ist man mit dem Einwalzen beschäftigt. Wie das Tiefbauamt zu dem letzten Satz der Mitteilung kommt, lassen wir dahingestellt. Nachdem die Sache zur Zufriedenheit der Wohnverhältnisse ist, schließen wir die Akten in diesem Falle, werden aber jederzeit eingreifen, wenn es gilt, die Interessen der Allgemeinheit zu wahren, selbst dann, wenn es an gewissen Stellen unangenehm empfunden würde.

* Die älteste Karnovallgesellschaft von Karlsruhe, „Badenia“, hält am kommenden Samstag, 11. Januar, im Colosseum eine große Damen- und Fremdenfeier ab. Die bisherigen Veranstaltungen und die lange Reihe von hervorragenden Kräften, über die der Verein verfügt, sichern im Voraus einen genussreichen Abend. Die Erweiterung des diesjährigen Programms darfst wohl als ein willkommenes Zeichen des Fortschrittes der Karnov. Sache der „Badenia“ begrüßt werden.

* Beim Spiel mit dem Revolver. Gestern Abend manipulierte ein verheirateter Ländler in seiner Wohnung in der Schützenstraße an einem geladenen Revolver, wobei ein Schuß lösging und die Kugel der Ehefrau in die rechte Kopfsseite eindrang. Ein Wundarzt eintraten konnte die Kugel entfernen und legte der Verletzten einen Notverband an. Die Verletzung soll eine leichte sein.

* Kaffeetendebstahl. Gestern nachmittag stahl der angebl. Ingenieur Gerhard Mattusch, 30 Jahre alt, aus Kattowitz, der hier noch ein Examen machen wollte, einer Kaffeebesitzerin

viele Ber- über dieses immon ge- nicht sämt- Interessen

Seine Aus- gegnerchaft enisch kann er ist hin- piele zeigt vor allem ferner die der Staat aber nicht sischen Ge- mer immer- zure führe. boehlingsks tengelebes, r und drei ten Punk- sich nicht einverstän-

m a über

Sparkasse.

Die Zu- areinlagen

1. Januar

Der vor- nzwärtigen

tes sowie

Sparkasse

ten Spar- fassen von

wiesen, die

t Zins ge-

Interesse

auszuschles

nüber den

1854 Mark

erscheinen,

Wenn mög- hintangun-

gerung des

der Presse

sch.

s waren

ter, die die

egen, Prä-

hätten wir

noch Lan-

te Nacht

ee von den

ericht sagt

den Infein

ter kräftig

und Rapp-

orauausicht-

apitel aus

d im Hör-

mn 8 1/2 Uhr.

2. Januar,

unt vornit-

zonenstraße.

ng wird am

egenheit zu

weise kennen

abends, und

amlung des

als 10 Uhr

Genosse zur

die Partei-

Büchlethetar

auamtens an

Teiles der

Klagen be-

enten. Des

cheinen des

notersteinen

ist, ist man

nt zu dem

ahingestellt.

erlebigt ist,

er jederzeit

meinheit zu

mangemein

Karlstraße,

Januar, im

Die bis-

vorragenden

oraus einen

nes Zeichen

ist werden

der Herrenstraße eine Kassetten mit 260 Mk. Der Dieb wurde gestern Abend 10 Uhr in einem Restaurant in der Karlsriedstraße festgenommen, als er im Begriffe stand, von hier abzureisen. Er war im Besitz von 67 Mk. und einer Fahrkarte 2. Klasse nach Paris. Die Kassetten, welche Mattausch nicht vollständig aufbrechen konnte, wurde in einem Zimmer in der Kaiserstr. das er sich gestern mietete, aufgehoben, und enthält noch 4 Zwanzigmarscheine. Das übrige Geld, Gold und Silber, konnte Mattausch durch eine Spalte, die er durch einen eingetriebenen Nagel zustande brachte, der Kassetten entnehmen.

Vereine und Versammlungen.

Leutschnoureuth. Am Sonntag Nachmittag sprach in einer gutbesuchten öffentlichen Versammlung der Reichstagsabgeordnete Genosse M. Ged über „Die Tätigkeit des neuen Reichstags“. Der Referent kennzeichnete in scharfen Worten vortrefflich die Politik der Regierung und die Taten des sogenannten Reichstags. Genosse Ged unterzog das Anbuheln der Wladyparteien und des Zentrums einer eingehenden Kritik. Sämtliche bürgerliche Parteien, und darunter zählt auch das Zentrum, seien von dem Bestreben befeuert, nach oben hin zu sein. Sie bewilligen deshalb die sämtlichen Forderungen der Regierung und verteuern damit dem armen Mann das Brot. Wenn das Zentrum auch jetzt noch schmollend beiseite steht, so warte es doch nur auf den Augenblick, wo es von Wilow wieder in Gnaden als Regierungspartei gerufen werde. Für die Verteuerung der notwendigen Lebensmittel werden von der Regierung dem deutschen Volke einige Brocken zugeworfen, sogenannte Gesehgebung, welche bei genauer Betrachtung ganz geringwertige Fortschritte bedeuten oder gerade das Gegenteil sind; man dürfe nur das Vereinsgesetz in Betracht ziehen. Der lebhafteste Beifall, welcher Genosse Ged spendet wurde, begeugte das Einverständnis der Versammlungsbesucher mit seinen Ausführungen.

Nach einigen Schlussworten des Genossen M. H. E. - Karlstraße, der politischen Organisation beizutreten und die Arbeiterpresse zu abonnieren, wurde die schon verlaufene Versammlung geschlossen.

Wir glauben, was gegenwärtig am hiesigen Ort die Späßen von den Dächern pfeifen. — sollte ein neuer Ansporn der hiesigen Arbeiterschaft sein, den bürgerlichen Parteien den Rücken zu kehren und sich da anzuschließen, wosin dieselben gehören.

Neues vom Tage.

Hannover, 9. Jan. Aufsehen erregt nach einer Meldung des Hann. Tagbl. das plötzliche Verschwinden des Leberhändlers Sehlmann, der mit seiner Familie Hannover seit Sonntag verlassen hat. Inzwischen ist bekannt geworden, daß Sehlmann in der letzten Zeit erhebliche Vorbeträge zu leisten gewußt hat und daß zum Januar-Termin große Verpflichtungen fällig waren, für die ihm Deckung fehlten. Es ist bereits über sein Vermögen Konkurs beantragt. Sehlmann hatte ein ziemlich großes Geschäft, scheint aber seine Einkünfte überschätzt zu haben. Die Zahl der Gläubiger soll eine sehr große sein.

Berlin, 9. Jan. In der Rainerstraße 11 zu Friedberg erfolgte heute früh eine heftige Gasexplosion, als die Schwester der Inhaberin eines Konfektengeschäfts heute früh mit brennendem Licht die Küche betrat. Durch die Gewalt des explodierenden Gases wurden die Wände der Küche auseinandergerissen und die Schaufensterhebe des Ladens und die noch herabgelassene Jalouise auf die Straße geschleudert. Auch das Mädchen selbst wurde bis auf den Strahlenhalm geschleudert, wo es schwer verbrannt durch Passanten nach einem Krankenhaus gebracht wurde. Auch die an der Eingangstür wartende Friseurin wurde ziemlich erheblich verletzt. Die Ursache der Explosion ist anscheinend in dem Undichtwerden eines Gases am Gasherd zu suchen.

Hamburg, 9. Jan. Eine Ehe tragödie spielte sich gestern Abend im Hause Silberer Allee 7 ab. Die dort wohnhafte 29jährige Ehefrau des Waleers König erschlug im Streite ihren Mann mit einer Schere. Der Erschlagene hinterläßt drei unmündige Kinder.

Berlin, O-Schl., 9. Jan. Durch giftige Gase ersticken zwei Hundewerksburlichen, die sich auf der warmen Schlackenhalde der Jüttenquitt schlafen gelegt hatten.

Paris, 9. Jan. In der Nacht vom 22. zum 23. November v. J. raubten bekanntlich drei Männer in dem Schnellzuge Louloise-Paris einen Betrag von etwa 30 000 Frank. Gestern ist nun einer der Räuber verhaftet worden.

Rom, 10. Jan. Die bekannte Sängerin Matteimi ist infolge Einatmung von Kohlenoxydgas erstickt. Ihr Mann, ein hervorragender Klaviervirtuos, wurde noch lebend aufgefunden.

— Dem Befehl entsprachen wieder mächtige Rauchfäulen. Leichte Stöße sind von unterirdischem Getöse begleitet.

Neapel, 9. Jan. Die in London erfolgte Verhaftung der Gräfin Luise Cirella wegen Warenhausdiebstahl erregt in der hiesigen Aristokratie großes Aufsehen. Die Gräfin ist die Nichte des früheren Ministers Cirella. Es handelt sich um Diebstahl im Liberty-Magazin in London.

Letzte Post.

Die Murgalbahnen.

Freudenstadt, 9. Jan. Wie der „Brenzer“ aus zuverlässiger Quelle erfährt, hat die württembergische Regierung die Absicht, den Ausbau der Murgalbahnen von Klosterreichenbach bis zur Landesgrenze so zeitig in Angriff zu nehmen, daß sie gleichzeitig mit der jetzt im Bau befindlichen badischen Strecke Weissenbach-Schönmünzach fertig wird und dem Verkehr übergeben werden kann. — Es wäre zu begrüßen, wenn die württembergische Regierung ihren Widerstand gegen die Bahnverbindung aufgegeben hätte, die namentlich der Tübingen Gegend und dem Schwarzwald eine bessere Verbindung nach Baden schafft und beiderseitig Vorteile hat.

Frankfurt a. M., 9. Jan. Die Wahlrechtsdemonstration nahm einen imposanten Verlauf. In 10 überfüllten Volksversammlungen, die schätzungsweise etwa 11—12 000 Personen zusammenführten, wurden unter jubelndem Beifall die Resolutionen angenommen. In allen Versammlungen herrschte eine Kampfesstimmung, die jeden überraschte. Von den bürgerlichen Parteien ließ sich in den Protestversammlungen keine Seele finden, trotzdem vor einigen Monaten die „Liberale“ gleichfalls von Protestversammlungen phantasiert hatten. Nun es Ernst wird, überlassen sie das Protestieren der Arbeiterschaft.

Wilhelm Busch.

Braunschweig, 9. Jan. Wie die „Braunschw. Neuesten Nachrichten“ melden, ist Wilhelm Busch heute früh halb 9 Uhr in Wechshausen in Braunschweig gestorben. Der Dichter litt in letzter Zeit an einer Herzkrankheit. Er machte noch am Mittwoch einen Spaziergang, klagte aber nach seiner Rückkehr über Schmerzen in der Seite. Der Zustand verschlechterte sich während der Nacht derart, daß er fast gar nicht schlafen konnte. Als Todesursache wird Blinddarmentzündung in Verbindung mit Brustfellentzündung angegeben.

Der Petersprozess gegen den Vorwärtsvertrag.

Berlin, 10. Jan. In dem Prozesse des Dr. Peters gegen den „Vorwärts“, zu dem am 11. ds. Mts. Termin ansteht, hat der Verteidiger des „Vorwärts“ Dr. Rosenfeld die Ladung des Justizrats Sello als Zeugen beantragt. Das Gericht hat diesem Antrage stattgegeben. Da aber Justizrats Sello am 11. ds. Mts. noch nicht in Berlin sein kann, ist Vertagung des Berliner Prozesses auf unbestimmte Zeit beschlossen worden.

Der Kampf um's Telephon.

Berlin, 9. Jan. Die drohende Verteuerung des Fernsprechers wurde in der Konferenz, die im Reichspostamt stattfindet, mit nur schwacher Mehrheit bis auf kleine Änderungen des Tarifs angenommen. Die Vertreter von Handel und Industrie waren einhellig dagegen. Am Tage zuvor hatte in Berlin der Zentral-Ausschuß kaufmännischer und gewerblicher Vereine eine Sitzung, die die Verteuerung der Fernspreckgebühren behandelte. Die Stimmung in dieser Massenversammlung war eine sehr erregte. Die Einberufung von Massen-Protestversammlungen wurde in

Aussicht gestellt. Etwas von der Erregung dieser Versammlung zitterte in der Rede der Berliner Vertreter des Kaufmannsstandes vor der Konferenz im Reichspostamt nach. Die Regierung blieb jedoch gegenüber den beweglichen Darstellungen auf ihrem Standpunkt beharren. Die früher gefasste Resolution des Reichstages, das Fernsprechen auf dem platten Lande auszudehnen und die Mittel durch gerechtere Verteilung in den Großstädten aufzubringen, wirkte bestimmend im Verhalten des Reichspostamtes.

Die Vereinigung der Handelskammern des nieder-rheinisch-westfälischen Industriebezirks hat übrigens in einer Resolution zur Neuordnung der Telephongebühren Stellung genommen. Es wird betont, daß die Vorschläge des Reichspostamtes eine derartige Verteuerung des Fernsprechverkehrs für Handel und Industrie zur Folge haben werden, daß dadurch der wirtschaftliche Nutzen des Fernsprechers stark beeinträchtigt werde.

Vereinsanzeiger.

Beierthelm. (Sozialdemokr. Verein.) Sonntag, den 12. Januar, nachmittags halb 3 Uhr, findet unsere 5. ordentliche Generalversammlung statt. Wegen Wichtigkeit der Sache ist vollständiges und pünktliches Erscheinen dringend notwendig. Der Vorstand.

Bulach. (Sozialdemokratischer Verein.) Sonntag, den 12. Januar, nachmittags 2 Uhr, findet in der „Krone“ Generalversammlung statt. Vollständiges und pünktliches Erscheinen dringend notwendig. Auch „Vollstreuer“-Beize sind freundlichst willkommen. Der Vorstand.

Forchheim. (Soz. Verein.) Sonntag, den 12. Januar, nachmittags 3 Uhr, im Gasthaus zur „Lokalbahn“ Generalversammlung Tagesordnung: Geschäfts- und Kassenbericht, Neuwahl des Gesamtvorstandes. Pünktliches und vollständiges Erscheinen erwartet. 163 Der Vorstand.

Briefkasten der Redaktion.

D. in Fr. Gewiß war bezüglich des Ausschlusses der Öffentlichkeit im Harden-Prozess die Gegenüberstellung der Worte des Reichsanwalters angebracht. Wilow sagte: „Die Pflicht in die Öffentlichkeit ist ein heilsames Prohibitiv und das Zeichen einer gesunden Konstitution, wo nichts verheimlicht und vertuscht wird.“

„Durlach“. Ein Blantenlocher Leser schreibt uns: Umlage wird bei uns nicht erhoben; es besteht jedoch Holz- und Altmens-Auflage.

St. Georgen. Arbeiter-Zeitung in Wien VI/1, Mariabilferstraße 89.

Bretten. Sie haben recht. Der Roman Solo ist doch im „Vollstreuer“ erschienen. Verfasser ist G. Mos.

Wasserstand des Rheins.

Freitag, den 10. Januar, morgens 6 Uhr: Sauterinsel 1.00, Stillstand, Rehl 1.50, Stillstand. Magau 3.01, gest. 4 cm, Mannheim 2.10, gest. 11 cm. (Schluß des redaktionellen Teils.)

Geschäftliches.

Friedrichsbad,
136 Kaiserstrasse 136.

An den fünf ersten Tagen der Woche kostet ein Wannenbad für Männer und Frauen

30 Pfennig.
Samstags 40 Pfennig.

Todes-Anzeige.

Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Mitteilung, daß unsere liebe Mutter, Großmutter, Schwiegermutter, Schwester, Schwägerin u. tante

Pauline Bach Wwe.
geb. Irion

gestern Abend halb 5 Uhr nach langem, schweren Leiden im Alter von 60 Jahren sanft entschlafen ist. Um stille Teilnahme bitten

Die trauernden Hinterbliebenen.
Karlstraße den 10. Januar 1908.

Die Beerdigung findet am Samstag Nachmittag 3 Uhr von der Friedhofkapelle aus statt. Trauerhaus: Scheffelstraße 44a.

Zu verkaufen

gut erhaltene Waschkommode 12 M., vollster Chiffonier 25 M., fast neuer Kinder-Wagen, verstellbarer Stuhl, zusammen 22 M. 199
Uhländtstraße 22 part.

Verloren!

ein brauner Fuchspelz am Mittwochabend in der Augarten-, Rappurter- oder Marienstraße. Abzugeben gegen gute Belohnung 200 Augartenstr. 67 2. r.

Schwarzer Gehrock-Anzug
für starken Herrn passend, Knaben-Weberzieher für 6-7 Jahre, beides gut erhalten, billig zu verkaufen. 129
Luisenstraße 57, 4. St. r.

Phonographen
Puck gute Qualität M 5.20
Graphophon M 36.—
echte Edison-Walzen M 1.—
Grammophone
und billige Plattenapparate M 20.— bis M 150.—
Große Auswahl M 1.50, M 3.00
Platten M 5.—
Eigener Saal zum Vorspielen
Musikh Carl Ruckmich
Freiburg i. B.

Dem Schuh-Bruder von Kunden
eingesandte 10 Gedichte.

Nr. 1. Ihr lieben Leute, laßt Euch sagen,
Daß in den heutigen schweren Tagen,
Wo jeder sucht, viel zu gewinnen,
Man kaum dem Wucher kann entrinnen.
(Nächste Woche Fortsetzung des Gedichts Nr. 2.)

Ich habe im Dezember wieder 842 Paar Schuhwaren verkauft für 2338 Mk und steht somit jedes, daß durch meinen billigen Preis, gute Ware und pünktliche Bedienung mein Kundenkreis stets zunimmt und wer glaubt, daß er anderswo etwas besseres bekommt als bei mir, ist gewaltig im Irrtum, zumal ich doch durch Verzählung für Schuhmacherei und Schuhwaren-Verkauf monatlich ca. 3000 Mark einnehme, dafür doch alles aufs beste einlaufen kann gegen Bar oder Ziel und jeder Lieferant dadurch bemüht ist, mich aufs beste zu bedienen, um beiderseits großen Umsatz zu erzielen. Damit jedes einen Ueberblick hat, wie schnell ich durch mein Prinzip: „Wiel wenig gibt auch viel!“ seit meiner Ladenrenovierung (1. Mai) aufgenommen habe, gebe ich folgendes bekannt: Ich habe noch im Monat April 120 Paar für 679 Mk. für Schuhwarenverkauf angefangen und heute, wie oben angeführt, im Dezember vier mal mehr. Gewaltig hat mein Schuhgeschäft noch durch meine billigen Ausnahmetage und Bruder-Nähe (Gebichte und Sprüche) zugenommen. Ich habe mich dadurch entschlossen, auch im Jahre 1908 in zwei- und dreifachen fortzuführen (seitler dreifach), und wenn ich auch nochmals bis April nichts verdiene, als für Lieferant und Annahmenden, wo ich vom 1. Mai bis 31. Dezember 1907 1474 Mk. ausgab, um, wie ich schon früher bemerkte, den größten Umsatz zu erzielen.

Der Verkaufspreis bleibt wie seither für alle Herren-Niesel Vogelfieder 9.75, Wästel 6.75, 7.75, 8.50 u. 9.75, Damen-Niesel Vogelfieder 5.75, Wästel 6.50, Anahmens-Niesel Vogelfieder 8.—, Wästel 6.—, und bei Kindern wie seither beim einzigen hiesigen guten 189

Schuh-Bruder, Schuhmachermeister
Hirschgasse 10, nahe Kaiserstraße.

Zentralverband der Käufer Deutschlands
Zahlstelle Freiburg i. B.

Einladung
zu unserm am Samstag, den 11. Januar 1908, abends 8 Uhr, im Adleraal, Schwarzwalddstraße stattfindenden

Stiftungsfest

bestehend in Musik, Gesang, komischen Vorträgen, Gabenverlosung, Theater und Tanz.
Einem zahlreichen Besuche steht entgegen 206

Der Vorstand.
Eintritt frei.

Freiburg.
Geschäftsverlegung und -Empfehlung.

Den Parteigenossen zur Kenntnisnahme, daß sich mein Geschäft von jetzt ab im Hause

Gerberau 24

befindet.
Für das mir bisher entgegengebrachte Wohlwollen danke ich bestens und bitte mir dasselbe auch weiterhin zu bewahren. 220

Schachtungsvoll
Adolf Külling, Feisen.

Schöne 2 Zimmerwohnung mit sämtl. Zubehö, Kochgas usw., wegzuschaffen bis 1. April zu vermieten. 205
Näheres Noontstr. 9, 2. Stod.

Kinderw. gen. Küchen-tischen, Nähmaschine. Billig zu verkaufen 198
Augartenstr. 58, 3. St. r.

Wäsche zum waschen u. Bügeln wird am Samstag, Leffingstraße 35, 3. St. r.

Winterstr. 20, 4. St. r. ist ein Zimmer möbl. od. leer zu verm.

Radolfstr. 24, 4. St. r. ist Mansardenzimmer an ruh. Arbeiter zu vermieten.

Todes-Anzeige.
Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Mitteilung, daß unsere liebe Mutter, Großmutter, Schwiegermutter, Schwester, Schwägerin u. tante

Pauline Bach Wwe.
geb. Irion

gestern Abend halb 5 Uhr nach langem, schweren Leiden im Alter von 60 Jahren sanft entschlafen ist. Um stille Teilnahme bitten

Die trauernden Hinterbliebenen.
Karlstraße den 10. Januar 1908.

Die Beerdigung findet am Samstag Nachmittag 3 Uhr von der Friedhofkapelle aus statt. Trauerhaus: Scheffelstraße 44a.

Zu verkaufen
gut erhaltene Waschkommode 12 M., vollster Chiffonier 25 M., fast neuer Kinder-Wagen, verstellbarer Stuhl, zusammen 22 M. 199
Uhländtstraße 22 part.

Verloren!
ein brauner Fuchspelz am Mittwochabend in der Augarten-, Rappurter- oder Marienstraße. Abzugeben gegen gute Belohnung 200 Augartenstr. 67 2. r.

Schwarzer Gehrock-Anzug
für starken Herrn passend, Knaben-Weberzieher für 6-7 Jahre, beides gut erhalten, billig zu verkaufen. 129
Luisenstraße 57, 4. St. r.

Phonographen
Puck gute Qualität M 5.20
Graphophon M 36.—
echte Edison-Walzen M 1.—
Grammophone
und billige Plattenapparate M 20.— bis M 150.—
Große Auswahl M 1.50, M 3.00
Platten M 5.—
Eigener Saal zum Vorspielen
Musikh Carl Ruckmich
Freiburg i. B.

Wahlkreis Karlsruhe-Bruchsal

Protest-Versammlungen

gegen die Reichsvereinsgesetz-Vorlage.

Samstag den 11. d. Mts., abends 8 Uhr:

- Beiertheim, im „Weißen Bären“.
- Bruchsal, im „Einhorn“.
- Bulach, in der „Krone“.
- Daylanden, im „Karlsruher Hof“.
- Grünwinkel, in der „Wacht am Rhein“.
- Rintheim, in der „Friedrichskrone“.

Sonntag den 12. d. Mts.:

- Hagsfeld, nachmittags 6 Uhr, in der „Kanne“.
- Heidelsheim, nachmittags halb 6 Uhr, im „Bad. Hof“.
- Helmsheim, nachmittags 3 Uhr.
- Knielingen, nachmittags halb 3 Uhr, im „Hirsch“.
- Obergrombach, nachmittags 4 Uhr, im „Grünen Baum“.
- Rüppurr, nachmittags 3 Uhr, im „Zähringer Löwen“.
- Rußheim, nachmittags 3 Uhr, in der „Krone“.
- Untergrombach, nachmittags halb 4 Uhr, im „Lamm“.
- Unteröwisheim, nachm. halb 3 Uhr, in der Bahnhof-Restaurations.

Referenten: Die Gewerkschafts- und Parteigenossen A. Abele, Eug. Beck, Aug. Philipp, Leop. Rückert, Aug. Schwall, Heinr. Sauer, Jak. Trabinger, A. Weißmann, Alb. Willi u. Gg. Wolf aus Karlsruhe.

Bei der Bedeutung der Frage für unsere Organisationen, erwarten wir überall starken Besuch!

Gewerkschaftskartell u. Soz. Verein.

Gewerkschaftskartell Karlsruhe.



Samstag, 18. Januar, abends 8 Uhr, in der Festhalle



Grosser Maskenball

mit Aufführung:

— Karlsruher letzte Messe. —

Preisverteilung: Gruppen- und Einzelpreise.

Eintrittskarten à 1 Mark (Saal) sind zu haben bei den Vorsitzenden der Gewerkschaften, sowie an folgenden Stellen: Restauration Möhrlein, Kaiserstr. 13, Lutz z. Schruppel, Durlacherstr. 81, Schaufelberger z. Platane, Rüppurrerstr. 38, Mayer z. Auerhahn, Schützenstr., Deutsche Eiche, Augartenstr., Schmidt zur Palme, Lessingstr. 40, Rank z. Saalbau, Bachstr. 69, Zigarrenhandlung Töpfer-Kurzmann, Rüppurrerstr., Zigarrenhandlung Kehret, Schützenstrasse, Expedition des Volksfreund, Luisenstr. 24, Arbeitersekretariat, Kurvenstr. 19, Friedrich Schuler, Friseur, Schützenstr. 44. Karten für die Gallerie à 50 Pfg. werden abends an der Kasse abgegeben.

Narrenkappe obligatorisch.

Original Reichel Essenzen

Marke „Lichter“

Sind die einzig Rechten zur Selbstbereitung von Cognac, Rum, Likören. Von Lema als einzigartig erklärt! Sämtliche Liköre der Welt! Nur echt nur in Originalflaschen für ca. 2 1/2 Ltr. Preis nach Sorte 25, 40, 50, 60, 75 Pf. u. w. Bei 6 Flaschen die 7te gratis. Die Destillierung im Haushalt wertvoll. Rezeptbuch m. Anleitung völlig kostenfrei! **Otto Reichel, Berlin S.O., Eisenbahnstr. 4.** Man verlange ausdrücklich „Original-Reichel-Essenzen“ mit Marke „Lichter“ und weise alles andere zurück! Niederlagen durch meine Schilder kenntlich, wo nicht, Versand ab Fabrik. In Karlsruhe bei **Wilh. Baum, Werberplatz 27, Robert Blas, Kaiserstr. 69, Otto Fischer, Kaiserstr. 74, M. Goffeins, Luisenstr. 8, Anton Kuntz, Bestend-Drög, Theodor Walz, Kurvenstr. 17, Engross-Lager: Leopold Siebig, Adlerstr. 24, Carl Roth, Gerrenstr. 26, Gillingen: Robert Ruff, Karlsruhe-Str. Durlach: Ph. Zuger. 4980**

Badanstalt.

Kapellenstraße 64. Empfehle besteingerichtete **Bannbäder** mit kalter und warmer Douche 4891 Preis mit Wäsche . . . 40 Pf. Abonnements f. 12 Bäder 4.00 Abonnements f. 6 Bäder 2.00 **Carl Schreyer.**

Hauptvertrieb der echten Menzenhauer Gitarrezither

sofort spielbar mit unterlegbaren Notenblättern. 5 Accorde M. 10.50, 12.50, 20. — „ „ 12. —, 16.50, 22.50 **Große Auswahl Noten z. 10 Pf.**

Musikhaus Ruckmich

Freiburg i. B., Bertholdstr. 15

An- u. Verkauf

fortwährend getragene Herren- und Damenkleider, Schuhe und Stiefel, aber nur gute Sachen. 4862 **Frau Bertha Strecktass, Brunnenstraße 5, Eingang Durlacherstraße.**

1 Nähmaschine, neu
1 Schneider Nähmaschine wenig gebraucht, sowie
1 neues Pianino (kreuzsaitig) hat im Auftrag zu verkaufen 138.3

Heinrich Karrer

An- u. Verkaufsinstitut Feuerfugeres Lagerhaus **Philippstr. 19 Tel. 1659.**

Masentrageout, la frischer, per Pfund 50 Pfg.

empfehle 192 **Karl Pfefferle 23 Erbprinzstraße 23.**

Billiger Verkauf von neuen Möbeln.

Spiegelschrank 68 Mk. Vertikow 42 Mk. Tisch, eich. Platte 14 Mk. Schifftorniere 35 Mk. Engl. Vertikale 35 Mk. und Verschiebenees **sehr billig.**

55 Durlacherstrasse 55 parterre links. 189

Engelheide, schön, m. 4 Kammern (Stamm) Seifert, 1 G. 8 B. bill. zu verk. bei Schwab, Kreuzstr. 16, 2. St.

Maskenkostüm für Herren, a. geign. f. Damen, billig zu verkaufen. Marienstr. 92, 4. St.

Kleidermacherin nimmt noch Rundschiff an. Werberplatz 33, 2.

Öffentliche Aufforderung.

Die Anmeldung zur Stammrolle betr. Gemäß § 25 der Wehrordnung werden die Militärpflichtigen hiesiger Stadt, einschließlich jener der Stadtteile **Beiertheim, Rintheim und Rüppurr**, welche bei dem Erfahrgeschäft des Jahres 1908 meldepflichtig sind, aufgefordert, sich bei dem städt. Militärbureau — Rathaus, Zimmer Nr. 107, 3. Stock, Eingang von der Hebelstraße — zur Stammrolle anzumelden.

(Das Militärbureau ist behufs Entgegennahme der Anmeldungen Werktags vormittags von 8—12 Uhr, nachmittags von 2—4 Uhr und Samstags von vormittags 8—12 Uhr geöffnet.)

- Zur Anmeldung sind verpflichtet:
 - alle Deutsche, welche im Jahre 1908 das 20. Lebensjahr zurücklegen, also im Jahre 1888 geboren sind;
 - alle früher geborenen Deutschen, über deren Dienstpflicht noch nicht endgültig durch Ausschließung, Ausmusterung, Ueberweisung zum Landsturm, zur Ersatzreserve oder Marine-Ersatzreserve oder durch Ausschreibung für einen Truppen- oder Marineteil entschieden ist, sofern sie nicht durch die Erfahrbeförden von der Anmeldung ausdrücklich entbunden oder über das Jahr 1908 hinaus zurückgestellt wurden.
- Die Anmeldung erfolgt bei dem Gemeinderat desjenigen Ortes, an dem der Militärpflichtige seinen dauernden Aufenthalt hat. Hat er keinen dauernden Aufenthalt, so muß die Anmeldung an dem Orte des Wohnsitzes und beim Mangel eines inländischen Wohnsitzes an dem Geburtsort, oder wenn auch dieser im Ausland liegt, an dem letzten Wohnsitz der Eltern geschehen.
- Ist der Militärpflichtige von dem Orte, in dem er sich nach Ziff. 2 zu melden hat, zeitig abwesend, so haben die Eltern, Vormünder, Lehrer, Brot- oder Fabrikherren die Verpflichtung zur Anmeldung.
- Die Anmeldung hat vom 15. Januar bis 1. Februar zu geschehen, sie soll enthalten: Familien- und Vornamen des Pflichtigen, dessen Geburtsort, Geburtsjahr und Tag, Aufenthaltsort, Religion, Gewerbe oder Stand, sodann Name, Gewerbe oder Stand und Wohnsitz der Eltern, sowie ob diese noch leben oder tot sind. Sofern die Anmeldung nicht am Geburtsort erfolgt, ist ein Geburtszeugnis vorzulegen. Bei wiederholter Anmeldung müssen die Lösungsscheine vorgelegt werden.
- Wer die vorgeschriebene Meldung unterläßt, wird mit Geldstrafe bis zu 80 Mk. oder mit Haft bis zu 3 Tagen bestraft. Zugleich werden die Militärpflichtigen noch besonders darauf aufmerksam gemacht, daß ein Meldechein zum freiwilligen Eintritt nur noch bis 31. März erteilt werden kann und daß nur denjenigen Militärpflichtigen die Wahl des Truppenteils freisteht, die einen Meldechein erhalten haben. Diejenigen Militärpflichtigen, welche sich erst am Musterungstag freiwillig melden, haben keinen Anspruch auf Wahl des Truppenteils, es wird vielmehr auf die persönlichen Wünsche derselben nur insoweit Rücksicht genommen, als es das Interesse des Dienstes zuläßt. **Karlsruhe, den 6. Januar 1908.**

Das Bürgermeisteramt: Dr. Sorstmann. Schrotz.

Dr. Thompson's Seifenpulver

Arbeit, Zeit, Geld.

1/2 U Paket 15 Pfg.

Thüringer Wurstwaren!

Direkter Bezug von Thüringer Hauschlachtern. **Wutturk** à 95 Pf., **Knackwurst** (Salami) à 1.25 Mk., bei 10 u. billiger. **W. Sperhake, Maltenstraße 1a.** Kein Laden! Bestellung per Postkarte genügt.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Geburten vom 5.—6. Jan.: Frieda Wilhelmina, Vater Wilhelm Dürr, Schlosser. — Robert, Vater Max Kiefer, Fabrikarbeiter. — Eleonore Johanna Pauline, Vater Theodor Sohn, Maschinen-Ingenieur. — Viktor Albert, Vater Viktor Jester, Schlosser.

Eheausgebote vom 7. Jan.: Emil Gartner von hier, Koch hier, mit Lina Wunsch von Bernersbach. — Rudolf Vobed von hier, Weißgerber hier, mit Wilhelmine Müller von Hochheim. — Jakob Hoffmann von Hohenheim, Zigarrenmacher hier, mit Luise Sautter von Baihingen. — Viktor Jacob von Reichshofen, Kaufmann hier, mit Elsa Wagner von Jöhlingen. — Leopold Blum von Marburg, Kaufmann hier, mit Lina Kahn von Graben. — Wilhelm Weiland von Wintersdorf, Depotarbeiter hier, mit Luise Streibich von Walzhausen. — Otto Gang von Durmersheim, Metzger hier, mit Crescentia Kraft von Ralsch. — Wilhelm Fillingner von Tairnbach, Reisender hier, mit Emma de Temple von Stuttgart. — Nordert Wiegeler von Lebsbach, Bahnarbeiter hier, mit Sofie Häppler von Nordrad. — Emil Geiser von Birkheim, Maschinenmeister in Freiburg, mit Lina Fischer von hier. — Isaac Ledermann von Hoffenheim, Kaufmann hier, mit Hilba Mayer von Hagenbach. — Julius Garmann von Traunstein, Schlosser hier, mit Sofie Oswald von Wiesental.

Todesfälle vom 6.—7. Jan.: Marie Schaufliet, alt 68 Jahre, Witwe des Instrumentenmachers August Schaufliet. — Karl Haas, Revisor a. D., ein Cheemann, alt 65 Jahre. — Bertha Seidenadel, alt 76 Jahre, Witwe des Prof. Dr. Karl Seidenadel. — Sofie Birnbreier, alt 67 Jahre, Ehefrau des städt. Arbeiters Hermann Birnbreier. — Katharina Bus, alt 67 Jahre, Ehefrau des Fleckners Wilhelm Bus.